

Die Entwicklung der Gemeindefinanzen von 1997 bis 2006

Helfried Bauer - KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung¹

1. Die Gemeinden im Bundesstaat

Die Gemeinden sind überall in der entwickelten Welt für die Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft mit verschiedenen Dienstleistungen und Infrastruktur tätig. Sie übernehmen darüber hinaus einen Teil der staatlichen Ordnungsaufgaben und tragen in unterschiedlichem Ausmaß zur sozialen Sicherung bei. Auch in Österreich kommt den Gemeinden bei der Versorgung der Menschen große Bedeutung zu, wenngleich der Zentralstaat (Bund) und die Sozialversicherungsträger den Großteil der öffentlichen Ausgaben leisten.

Tabelle 1 zeigt die zentralistische und wenig föderale Struktur des öffentlichen Sektors in Österreich für das Jahr 2006, woraus zu entnehmen ist, dass der Bundessektor (mit Bundesfonds) und die Sozialversicherungsträger zusammen rund 70 Prozent der gesamten Staatsausgaben (ohne intragovernmentale Transfers) tätigten, während Länder und Gemeinden zusammen (inklusive der jeweiligen Fonds) für die verbleibenden 30 Prozent die Entscheidungen treffen. Alle Gemeinden einschließlich Wien waren für rund 13 Prozent der gesamten Staatsausgaben verantwortlich.

Tabelle 1: **Ausgaben (ohne intragovernmentale Transfers) der Gebietskörperschaften und Parafiski, 2006**

Gebietskörperschaften und Parafiski	in Mio. Euro	in % des BIP	in % der Staatsausgaben
Bundessektor	50.191	19,5	39,5
Landesebene (ohne Wien)	21.015	8,1	16,5
Gemeindeebene (inkl. Wien)	16.913	6,6	13,3
SV-Träger	39.067	15,1	30,7
Staat insgesamt	127.186,9	49,3	100,0

Quelle: Statistik Austria - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

Die nachfolgende Tabelle 2 zeigt die Entwicklung der Aufgaben an Hand der hierfür eingesetzten Ressourcen der Finanzausgleichspartner Bund, Länder und Gemeinden an Hand der (nicht konsolidierten) Einnahmen der Gebietskörperschaften von 1997 bis 2006.

Im Jahr 2006 nahmen die österreichischen Gebietskörperschaften fast 101 Mrd. € ein. Dies bedeutet, dass sie gegenüber dem Jahr 2004 um rund 6 Prozent (ca. 6 Mrd. €) und gegenüber dem Jahr 2005 um etwa 4 Prozent (d.s. rund 4 Mrd. €) höhere Einnahmen erzielten. Im Vergleich zum Jahr 1997 erhöhten sich die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen während dieser Dekade um rund 26,6 Prozent oder um 21,2 Mrd. €. Bezogen auf das Wachstum des nominellen BIP in diesem Zeitraum von knapp 40 Prozent bedeutet dies jedoch einen deutlichen anteilmäßigen Rückgang.

Darüber hinaus ist die Entwicklung bei Bund, Ländern und Gemeinden sehr unterschiedlich verlaufen:

- Der Bund erzielte in der Zehnjahresperiode einen Zuwachs bei seinen Einnahmen von 34,4 Prozent,
- die Länder ohne Wien einen Zuwachs von 18,5 Prozent,
- die Gemeinden ohne Wien von 21,7 Prozent und
- Wien hat in diesem Zeitraum eine Stagnation seiner Einnahmen hinnehmen müssen.

Grundsätzlich ist dabei zu beachten, dass in diesem Zeitraum große strukturelle Veränderungen durch Ausgliederungen bei allen Gebietskörperschaften – wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß – erfolgten. So wurden bei den Ländern und bei einigen Städten vor allem die Krankenanstalten, bei den Gemeinden die meisten Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungseinrichtungen, die Wohnungsvermietung u.a.m. zum großen Teil in den Unternehmensbereich (Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit und auch eigene Kapitalgesellschaften sind teilweise gegründet worden) übergeführt. Der Bund hat ebenfalls umfangreiche Ausgliederungen vorgenommen, so u.a. die Schieneninfrastrukturfinanzierung (1997), die Bundestheater und Bundesmuseen (1998), das Österreichische Statistische Zentralamt (1999), die

¹ Der Autor dankt Nikola Hochholdingner und Karoline Mitterer (beide KDZ) für die Aufbereitung der Daten.

Bundesbeschaffungsgesellschaft (2001), die Universitäten (2004) und die Buchhaltungsagentur (2005)². Die Gebärungen dieser ausgegliederten Einrichtungen scheinen in den vorliegenden Statistiken über den öffentlichen Sektor nicht mehr auf, wenngleich die öffentlichen Aufgaben nach wie vor erbracht werden, wofür unter anderem auch Zuschüsse an die betreffenden Einrichtungen (Gesellschaften) aus öffentlichen Mitteln geleistet werden müssen.

Ebenfalls zu beachten ist, dass zwischen den Ländern und zwischen den Gemeinden Verschiebungen bei den Einnahmen auf Grund der Bevölkerungsverluste bzw. -gewinne, die durch die Volkszählung 2001 festgestellt worden sind, stattfanden.

Tabelle 2: **Entwicklung der (nicht konsolidierten) Einnahmen der Gebietskörperschaften 1997 bis 2006**

Jahr	Bund	Länder ohne Wien	Wien	Gemeinden ohne Wien	Gebietskörperschaften
Einnahmen in Mio. €					
1997	47.874,0	15.299,2	7.697,6	8.832,6	79.703
1998	48.867,5	15.843,7	7.953,0	9.121,3	81.785
1999	50.928,5	16.135,4	8.309,3	9.522,9	84.896
2000	52.766,5	16.453,1	8.633,2	9.237,5	87.090
2001	58.083,2	16.088,7	7.115,4	9.561,2	90.849
2002	59.448,6	16.426,5	7.297,2	9.734,8	92.907
2003	58.777,5	16.719,0	7.169,1	9.735,7	92.401
2004	60.915,3	16.696,1	7.365,9	9.950,8	94.928
2005	61.661,0	17.387,9	7.487,5	10.337,9	96.874
2006	64.321,8	18.122,2	7.696,3	10.748,7	100.889
Einnahmen in Prozent aller Gebietskörperschaften					
1997	60,1	19,2	9,7	11,1	100,0
1998	59,8	19,4	9,7	11,2	100,0
1999	60,0	19,0	9,8	11,2	100,0
2000	60,6	18,9	9,9	10,6	100,0
2001	63,9	17,7	7,8	10,5	100,0
2002	64,0	17,7	7,9	10,5	100,0
2003	63,6	18,1	7,8	10,5	100,0
2004	64,2	17,6	7,8	10,5	100,0
2005	63,7	17,9	7,7	10,7	100,0
2006	63,8	18,0	7,6	10,7	100,0
Index 1997 = 100					
1997	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1998	102,1	103,6	103,3	103,3	102,6
1999	106,4	105,5	107,9	107,8	106,5
2000	110,2	107,5	112,2	104,6	109,3
2001	121,3	105,2	92,4	108,2	114,0
2002	124,2	107,4	94,8	110,2	116,6
2003	122,8	109,3	93,1	110,2	115,9
2004	127,2	109,1	95,7	112,7	119,1
2005	128,8	113,7	97,3	117,0	121,5
2006	134,4	118,5	100,0	121,7	126,6

Quelle: Statistik Austria, Direktion Volkswirtschaft. Berechnungsstand 27. 9. 2007, eigene Berechnungen.

Die Zeitreihen in Tabelle 2 bestätigen den bereits aus den vorhergehenden Jahren bekannten Zentralisierungstrend der öffentlichen Budgets, d.h. die seit 1995 feststellbare Entwicklung von tendenziell überdurchschnittlich stark steigenden Bundeseinnahmen bei gleichzeitig leicht unterdurchschnittlich steigenden Einnahmen der Länder ohne Wien sowie der Gemeinden. Ob dieser Trend mit dem Jahr 2005 zu einem Ende kam oder nur kurz unterbrochen worden ist, werden erst die künftigen Jahre zeigen. Das Ausmaß der Zentralisierung ist beachtlich: Bekam der Bund im Jahr 1997 nur 60 Prozent vom zu verteilenden „Kuchen“ der Einnahmensumme der Gebietskörperschaften, waren es im Jahr 2004 64,2 und

² Siehe im Detail die ausgegliederten Einrichtungen des Bundes bei E. Fleischmann, in: Gerhard Steger (Hg.): Öffentliche Haushalte in Österreich, 2. erweiterte und aktualisierte Auflage. Wien 2005, S. 30

im Jahr 2006 63,8 Prozent. Bei den Ländern (ohne Wien) ging der Anteil von 19,2 doch signifikant im Jahr 2004 auf 17,6 bzw. 2006 auf 18,0 Prozent zurück, bei der Stadt Wien war der anteilmäßige Rückgang von 1997 9,7 auf 2006 7,6 Prozent besonders massiv. Bei den Gemeinden war ein weniger starker Rückgang des Anteils an den gesamten Einnahmen der Gebietskörperschaften von 11,1 Prozent im Jahr 1997 auf 10,5 Prozent in den Jahren 2001 bis 2004 und auf 10,7 Prozent im Jahr 2005 und 2006 feststellbar. Wie stark diese Zentralisierung auf die geänderte Verteilung der Abgabenerträge oder auf die Ausgliederungen und allfällige andere Entwicklungen zurückzuführen sein mag, wird noch zu besprechen sein (siehe Abschn. 4.1).

2. Hauptbereiche der Gemeindegebarung auf Basis der Rechnungsquerschnitte

Die im Jahr 1997 mit der VRV 1997 eingeführten Voranschlags- und Rechnungsquerschnitte für Gemeinden sind sehr hilfreich zur Gewinnung von überblicksartigen Informationen. Deshalb werden im folgenden Abschnitt die drei großen Gebarungs-Teilbereiche, nämlich die laufende Gebarung, die Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen) und schließlich die Finanztransaktionen für die Gesamtheit der Gemeinden (ohne Wien) sowie für Wien als Land und Gemeinde, dargestellt und kurz kommentiert. Die Angaben betreffen jeweils den gesamten Haushalt (o. und ao. Haushalt zusammen).

2.1 Die laufende Gebarung der Gemeinden

Tabelle 3 weist die Struktur der laufenden Gebarung der Gemeinden (ohne Wien) sowie Wiens aus.

Tabelle 3: **Struktur der laufenden Gebarung der Gemeinden**

Bezeichnung	Gemeinden ohne Wien			Wien		
	2005	2006	Veränderung 2006/2005	2005	2006	Veränderung 2006/2005
	Beträge in 1.000 €		Index 2005=100	Beträge in 1.000 €		Index 2005=100
Einnahmen der laufenden Gebarung						
Eigene Steuern	2.412.236	2.514.262	104,2	937.434	968.802	103,3
Ertragsanteile	4.192.114	4.350.002	103,8	3.122.468	3.259.461	104,4
Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen	1.369.256	1.423.322	103,9	464.031	526.213	113,4
Einnahmen aus Leistungen	1.191.080	1.181.730	99,2	549.882	536.982	97,7
Tätigkeit	430.565	488.952	113,6	142.959	161.266	112,8
Laufende Transferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts	873.714	870.342	99,6	2.086.302	2.184.601	104,7
Sonstige laufende Transfereinnahmen	138.238	144.089	104,2	441.698	465.868	105,5
Gewinnentnahmen der Gemeinden von Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben der Gemeinde	170.561	158.779	93,1	0	0	
Einnahmen aus Veräußerung und sonstige Einnahmen	514.104	586.561	114,1	925.983	860.930	93,0
Summe Einnahmen der lfd. Gebarung	11.291.866	11.718.038	103,8	8.670.756	8.964.122	103,4
Ausgaben der laufenden Gebarung						
Leistungen für Personal	2.643.463	2.679.965	101,4	2.158.670	2.216.990	102,7
Pensionen und sonstige Ruhebezüge	316.301	324.616	102,6	1.033.845	1.058.083	102,3
Bezüge der gewählten Organe	171.669	175.647	102,3	25.528	26.905	105,4
Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren	371.503	378.754	102,0	93.983	97.547	103,8
Verwaltungs- und Betriebsaufwand	3.167.784	3.296.957	104,1	1.000.276	1.068.926	106,9
Zinsen für Finanzschulden	266.194	296.981	111,6	40.339	37.455	92,9
Laufende Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts	2.222.515	2.370.965	106,7	285.543	298.892	104,7
Sonstige laufende Transferausgaben	788.602	751.209	95,3	3.150.020	3.277.935	104,1
Gewinnentnahmen der Gemeinden von Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben der Gemeinde	155.859	143.483	92,1	0	0	
Summe Ausgaben der lfd. Gebarung	10.103.890	10.418.578	103,1	7.788.204	8.082.734	103,8
Ergebnis der laufenden Gebarung	1.187.976	1.299.460	109,4	882.552	881.388	99,9

Quelle: Statistik Austria, Rechnungsquerschnitt der Gemeinden, eigene Berechnung.

Die Einnahmen der laufenden Gebarung der Gemeinden ohne Wien für den gesamten Haushalt beliefen sich im Jahr 2006 auf rund 11,7 Mrd. €, sie übertrafen das Vorjahresergebnis um 3,8 Prozent oder 426,2 Mio. €. Die Ausgaben der laufenden Gebarung der Gemeinden ohne Wien betragen 2006 10,4 Mrd. €, sie lagen um 3,1 % oder 314,7 Mio. € über dem Ergebnis von 2005. Das Ergebnis der laufenden Gebarung der Gemeinden ohne Wien betrug im Jahr 2006 rund 1.299 Mio. €, was gegenüber dem Vorjahr eine Verbesserung um 9,4 Prozent oder 111,5 Mio. € bedeutet.

Die wichtigsten Einnahmenarten der Gemeinden (ohne Wien) im Jahr 2006 sind die Steuereinnahmen (rund 6,8 Mrd. €, 58,6 Prozent der laufenden Einnahmen) sowie die Einnahmen aus Gebühren und jene aus Leistungen (zusammen rund 2,6 Mrd. € oder 22,2 Prozent).

Die größten Posten der laufenden Ausgaben der Gemeinden (ohne Wien) im Jahr 2006 sind

- Ausgaben für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand (3,30 Mrd. €, 31,6 Prozent der laufenden Ausgaben),
- die Leistungen für Personal (2,68 Mrd. €, 25,7 Prozent der laufenden Ausgaben) und
- die Ausgaben für laufende Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts (2,37 Mrd. €, 22,8 Prozent).

Auch die laufende Gebarung von Wien (als Stadt und Land) ist ähnlich strukturiert. Im Jahr 2006 stehen laufenden Einnahmen von rund 8,96 Mrd. € laufenden Ausgaben von 8,08 Mrd. € gegenüber. Die laufenden Einnahmen sind gegenüber 2005 um 3,4 Prozent oder 293,4 Mio. € gewachsen, die laufenden Ausgaben um 3,8 Prozent oder 294,5 Mio. €. Das Ergebnis der laufenden Gebarung beträgt im Jahr 2006 881,4 Mio. € und liegt um 0,1 Prozent oder 1,2 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

Die größten laufenden Einnahmenarten von Wien als Land und Gemeinde sind die Abgabenerträge aus eigenen Steuern und aus Ertragsanteilen (zusammen rund 4,23 Mrd. €, 47,2 Prozent der laufenden Einnahmen) sowie die Einnahmen aus Gebühren und aus Leistungen (zusammen rund 1,06 Mrd. €, 11,9 Prozent). Die wichtigsten Ausgabenposten Wiens im Jahr 2006 sind

- die Ausgaben für laufende Transferzahlungen an Haushalte und Unternehmungen (3,28 Mrd. €, 40,6 Prozent der laufenden Ausgaben),
- die Leistungen für Personal (2,22 Mrd. €, 27,4 Prozent der laufenden Ausgaben) und
- die Ausgaben für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand (1,07 Mrd. €, 13,2 Prozent der laufenden Ausgaben).

2.2 Die Struktur der Vermögensgebarung der Gemeinden

Tabelle 4 weist die Struktur der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen der Gemeinden (ohne Wien) sowie Wiens aus.

Die Haupteinnahmen der Vermögensgebarung der Gemeinden ohne Wien sind die Kapitalzuschüsse von anderen öffentlichen Rechtsträgern (930,5 Mio. €) sowie die Einnahmen aus dem Verkauf von unbeweglichem Vermögen, also von Liegenschaften (341,5 Mio. €). Das Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen hat sich 2006 gegenüber 2005 um 21,1 Mio. € auf minus 1.230,9 Mio. € verringert.

Bei den Ausgaben der Vermögensgebarung der Gemeinden (ohne Wien) im Jahr 2006 bildet der Erwerb von unbeweglichem und beweglichem Vermögen, also die Vornahme von Investitionen mit zusammen rund 2,1 Mrd. € den größten Posten; er umfasst 81,8 Prozent der gesamten Ausgaben der Vermögensgebarung. Gegenüber dem Jahr 2005 sind die Ausgaben für den Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Vermögen um 1,7 Prozent oder um 36,0 Mio. € gesunken. Die Ausgaben für Kapitalzuschüsse erreichen fast 18 Prozent der Ausgaben der Vermögensgebarung.

Tabelle 4: **Struktur der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen der Gemeinden**

Bezeichnung	Gemeinden ohne Wien			Wien		
	2005	2006	Veränderung 2006/2005	2005	2006	Veränderung 2006/2005
	Beträge in 1.000 €		Index 2005=100	Beträge in 1.000 €		Index 2005=100
Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen						
Veräußerung von unbeweglichem Vermögen	417.141	341.506	81,9	48.360	63.650	131,6
Veräußerung von beweglichem Vermögen	3.089	3.777	122,3	58	119	204,9
Veräußerung von aktivierungsfähigen Rechten	7.170	8.165	113,9	0	0	
Kapitaltransferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts	895.143	930.543	104,0	233.052	208.572	89,5
Sonstige Kapitaltransfereinnahmen	49.509	62.635	126,5	15.996	6.353	39,7
Summe Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	1.372.052	1.346.626	98,1	297.466	278.692	93,7
Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen						
Erwerb von unbeweglichem Vermögen	1.916.153	1.887.034	98,5	221.412	176.445	79,7
Erwerb von beweglichem Vermögen	228.370	221.471	97,0	45.803	51.939	113,4
Erwerb von aktivierungsfähigen Rechten	8.625	5.768	66,9	2.377	3.028	127,4
Kapitaltransferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts	114.642	109.959	95,9	68.108	54.993	80,7
Sonstige Kapitaltransferausgaben	314.014	353.247	112,5	724.706	710.701	98,1
Summe Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	2.581.804	2.577.479	99,8	1.062.405	997.105	93,9
Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	-1.209.753	-1.230.854	101,7	-764.939	-718.413	93,9

Quelle: Statistik Austria, Rechnungsquerschnitt der Gemeinden, eigene Berechnung.

Bei den Ausgaben der Vermögensgebarung zeigen sich große Strukturunterschiede zwischen Wien und der Gesamtheit der anderen Gemeinden. Wien wies im Jahr 2006 in der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen mit 22,9 Prozent der Ausgaben vergleichsweise geringe Investitionen (Erwerb von unbeweglichem und beweglichem Vermögen), mit 71,3 Prozent hingegen bedeutende Kapitalzuschüsse an Unternehmungen und an private Haushalte aus.

Das Ergebnis der Vermögensgebarung ohne die Finanztransaktionen (negativer Saldo) für die Gesamtheit der Gemeinden (ohne Wien) hat sich gegenüber 2005 auf -1.230,8 Mio. € im Jahr 2006 erhöht, der Saldo der Vermögensgebarung des Wiener Haushaltes hat sich gegenüber 2005 auf -718,4 Mio. € im Jahr 2006 reduziert.

2.3 Die Struktur der Finanztransaktionen der Gemeinden

Tabelle 5 weist die Struktur der Finanztransaktionen der Gemeinden ohne Wien sowie Wiens aus.

Die größten Einnahmen- und Ausgabenpositionen im Bereich der Finanztransaktionen sind die Aufnahme bzw. die Rückzahlung von Finanzschulden sowie die Entnahmen aus bzw. die Zuführungen an Rücklagen. In Summe der Gemeinden ohne Wien wurden im Jahr 2006 Rücklagen in Höhe von rund 382 Mio. € aufgelöst (23,3 Prozent der Einnahmen) und in Höhe von 394,3 Mio. € neu gebildet (23,9 Prozent der Ausgaben), was eine Netto-Aufstockung der Rücklagen im Jahr 2006 von rund 12 Mio. € bedeutet. Im Jahr zuvor erfolgte noch ein Netto-Abbau von Rücklagen in Höhe von knapp über 4 Mio. €. An Finanzschulden wurden 1.023,0 Mio. € (61,9 Prozent der Einnahmen) aufgenommen und alte Finanzschulden in Höhe von 865,0 Mio. € rückgezahlt (52,4 Prozent der Ausgaben), d.h. von 2005 auf 2006 erfolgte eine Ausweitung des Standes an Finanzschulden um fast 160 Mio. €, was eine ähnlich hohe Zunahme des Schuldenstandes wie im Jahr 2005 darstellt. Zusätzlich konnten Beteiligungen und Wertpapiere in der Höhe von 183,9 Mio. € erworben werden (11,1 Prozent der Einnahmen); Veräußerungen von Beteiligungen und Wertpapieren schlugen im Jahr 2006 lediglich mit knapp über 42 Mio. € zu Buch. .

Die Gebarung der Finanztransaktionen der Stadt Wien zeigt ein deutlich anderes Bild: Wien entnahm den Rücklagen 156,2 Mio. € (17,3 Prozent der Einnahmen) und führte diesen 136,6 Mio. zu (12,8 Prozent), was einem Abbau der Rücklagen um etwa 20 Mio. € entspricht. Im Bereich der Finanzschuldengebarung nahm Wien Finanzschulden in Höhe von 398,1 Mio. € auf (44,0 Prozent der Einnahmen) und zahlte 442,8 Mio. € zurück (41,5 Prozent der Ausgaben), womit auch im Jahr 2006 eine signifikante Reduzierung des Standes an Finanzschulden erreicht werden konnte.

Tabelle 5: **Struktur der Finanztransaktionen der Gemeinden**

Bezeichnung	Gemeinden ohne Wien			Wien		
	2005	2006	Veränderung 2006/2005	2005	2006	Veränderung 2006/2005
	Beträge in 1.000 €		Index 2005=100	Beträge in 1.000 €		Index 2005=100
Einnahmen aus Finanztransaktionen						
Veräußerung von Beteiligungen und Wertpapieren	30.837	42.161	136,7	0	10	
Entnahmen aus Rücklagen	498.812	381.978	76,6	115.464	156.194	135,3
Einnahmen aus der Rückzahlung von Darlehen an Tr. d. öff. Rechts	12.264	19.283	157,2	78.742	65.112	82,7
Einnahmen aus der Rückzahlung von Darlehen an andere und von Bezugsvorschüssen	45.194	14.566	32,2	121.237	142.237	117,3
Aufnahme von Finanzschulden bei Trägern des öffentlichen Rechts	91.189	85.738	94,0	9.159	3.581	39,1
Aufnahme von Finanzschulden von anderen	1.133.377	937.283	82,7	264.884	394.555	149,0
Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben der Gemeinde und der Gemeinde	153.091	155.139	101,3	142.120	143.000	100,6
Summe Einnahmen aus Finanztransaktionen	1.964.765	1.636.148	83,3	731.605	904.691	123,7
Ausgaben aus Finanztransaktionen						
Erwerb von Beteiligungen und Wertpapieren	156.696	183.851	117,3	0	275	
Zuführungen an Rücklagen	494.514	394.336	79,7	95.535	136.587	143,0
Gewährung von Darlehen an Träger des öffentlichen Rechts	8.244	9.976	121,0	29.623	29.164	98,4
Gewährung von Darlehen an andere und Bezugsvorschüssen	48.398	29.087	60,1	291.838	308.535	105,7
Rückzahlung von Finanzschulden bei Trägern des öff. Rechts	120.082	126.792	105,6	13.250	11.310	85,4
Rückzahlung von Finanzschulden bei anderen	934.766	738.206	79,0	272.859	431.441	158,1
Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben der Gemeinde und der Gemeinde	166.814	169.617	101,7	142.120	149.000	104,8
Summe Ausgaben aus Finanztransaktionen	1.929.514	1.651.864	85,6	845.225	1.066.311	126,2
Ergebnis der Finanztransaktionen	35.250	-15.716	-	-113.620	-161.621	142,2

Quelle: Statistik Austria, Rechnungsquerschnitt der Gemeinden, eigene Berechnung.

2.4 Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben der laufenden Gebarung der Gemeinden (ohne Wien) nach Einwohnerklassen

Im Folgenden werden wichtige Arten der laufenden Einnahmen und der laufenden Ausgaben der Gemeinden ohne Wien insgesamt und nach Einwohnergrößenklassen für die Jahre 2001 bis 2006 dargestellt. Damit können für einen mittelfristigen Zeitraum etwaige unterschiedliche Entwicklungstrends in Abhängigkeit der Gemeindegröße aufgezeigt werden.

Eigene Steuern

Die österreichischen Gemeinden (ohne Wien) nahmen im Jahr 2006 an Gemeindesteuern („eigene Steuern“) durchschnittlich pro Kopf 280,6 € ein. Kleinstgemeinden (<2.501 Einwohner) erzielten hierbei mit 246,8 € leicht unterdurchschnittliche Erträge aus eigenen Steuern, die Gemeinden mit 10.001 bis 20.000 und solche mit 20.001 bis 50.000 Einwohnern weisen mit rund 470 € vergleichbare und spürbar über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt liegende Pro-Kopf-Einnahmen auf, die Gruppe der großen Städte (> 50.000 Einwohner) erzielte mit 617,3 € mehr als das Doppelte des österreichweiten Durchschnittes. Die Bandbreite der Pro-Kopf-Einnahmen aus Gemeindesteuern zwischen den Kleinstgemeinden und den Grossen Städten beträgt etwa 1:2,5.

Zwischen 2001 und 2006 nahmen die Pro-Kopf-Einnahmen aus Gemeindesteuern bundesweit (ohne Wien) um 18,1 Prozent zu. Kleinere und mittlere Gemeinden (<5.001 Einwohner) konnten ihre eigenen Steuereinnahmen mit 18 bzw. 19 Prozent stärker als die Großgemeinden (Zuwachs nur rund 13 Prozent) erhöhen. Die Bandbreite zwischen den Pro-Kopf-Einnahmen der Kleingemeinden und der großen Städte ist deshalb in der Beobachtungsperiode geringfügig reduziert worden.

Tabelle 6: Ausgewählte Einnahmen der laufenden Gebarung nach Einwohnerklassen pro Kopf, 2001-2006

Einwohnerklassen	durchschnittliche Pro-Kopf-Einnahmen der Gemeinden (ohne Wien)						Veränderung 2001-2006
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Index
	Beträge in €/Kopf						2001 = 100
Eigene Steuern							
0 bis 2.500	208,6	213,0	222,6	230,7	235,7	246,8	118,3
2.501 bis 5.000	280,9	288,3	305,5	311,1	323,0	335,2	119,3
5.001 bis 10.000	368,9	366,6	379,2	391,5	405,7	427,0	115,7
10.001 bis 20.000	408,0	415,6	423,6	435,5	453,1	473,7	116,1
20.001 bis 50.000	418,0	418,0	429,4	438,9	449,5	472,0	112,9
50.001 bis 500.000	547,8	554,7	562,7	587,8	593,6	617,3	112,7
Gemeinden gesamt	237,6	242,2	253,2	261,3	268,4	280,6	118,1
Ertragsanteile							
0 bis 2.500	532,1	546,9	536,1	547,8	579,5	601,5	113,0
2.501 bis 5.000	523,8	551,1	542,4	553,2	587,2	607,0	115,9
5.001 bis 10.000	520,8	550,7	537,6	545,7	581,4	602,2	115,6
10.001 bis 20.000	669,9	691,5	672,1	671,6	669,0	690,3	103,0
20.001 bis 50.000	807,9	812,0	785,7	800,6	780,0	807,7	100,0
50.001 bis 500.000	944,8	915,1	883,1	896,8	898,9	938,3	99,3
Gemeinden gesamt	535,9	553,8	542,9	553,9	585,1	606,7	113,2
Gebühren, Einnahmen aus Leistungen, Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit							
0 bis 2.500	261,7	272,7	289,9	295,9	299,0	314,3	120,1
2.501 bis 5.000	328,6	340,9	357,4	371,2	375,5	388,9	118,3
5.001 bis 10.000	490,1	499,8	519,8	536,5	515,7	534,8	109,1
10.001 bis 20.000	578,6	595,1	576,7	577,8	586,5	567,2	98,0
20.001 bis 50.000	769,9	712,2	727,0	717,7	744,1	748,4	97,2
50.001 bis 500.000	620,7	596,9	649,8	658,2	658,2	741,1	119,4
Gemeinden gesamt	298,4	309,1	325,7	333,6	335,6	350,2	117,4
laufende Transfereinnahmen							
0 bis 2.500	155,4	161,0	163,8	176,2	185,0	192,7	124,1
2.501 bis 5.000	91,7	100,0	104,5	110,0	115,3	122,7	133,8
5.001 bis 10.000	91,4	107,5	125,5	114,1	124,4	130,6	142,9
10.001 bis 20.000	139,4	157,4	133,3	122,0	178,2	164,6	118,0
20.001 bis 50.000	155,0	153,8	157,7	169,5	219,4	224,8	145,0
50.001 bis 500.000	155,8	156,1	171,3	179,8	197,8	186,4	119,7
Gemeinden gesamt	140,0	146,9	150,4	159,7	169,2	176,3	125,9

Quelle: Statistik Austria, Rechnungsquerschnitt der Gemeinden, eigene Berechnung.

Anmerkung zur Durchschnittsberechnung: Mittelwert der Pro-Kopf-Einnahmen der einzelnen Gemeinden.

Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben

Den österreichischen Gemeinden (ohne Wien) flossen im Jahr 2006 an Ertragsanteilen pro Kopf 606,7 € zu. Die Pro-Kopf-Einnahmen nehmen mit der Gemeindegröße zu, sie betragen bei den kleineren und mittleren Gemeinden (<10.001 Einwohner) zwischen 601,5 und 607 €, bei den großen Städten hingegen 938,3 €, die Bandbreite beträgt 1:1,56.

Zwischen 2001 und 2006 sind die Einnahmen pro Kopf aus den Ertragsanteilen – bedingt durch steuerpolitische Maßnahmen und die schwache Konjunkturlage - um durchschnittlich 13,2 Prozent gewachsen. Die Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern konnten teils überdurchschnittliche Steigerungen verzeichnen. In Gemeinden mit über 10.001 Einwohnern stagnierten die Pro-Kopf-Ertragsanteile vor allem auf Grund der veränderten Bestimmungen des FAG 2001 und des FAG 2005.

Gebühren, Einnahmen aus Leistungen, aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit

Diese Einnahmen betreffen vor allem Infrastruktur- und Dienstleistungen der Gemeinden, die von den BürgerInnen (Empfänger der Leistungen) in Form von Gebühren, von Entgelten, von Kostenbeiträgen sowie von Mieten und Pachten zu entrichten sind. Im Durchschnitt aller Gemeinden belaufen sich diese Einnahmen im Jahr 2006 auf 350,2 € pro Einwohner, wobei mit steigender Gemeindegröße und den gebotenen Leistungen die Pro-Kopf-Einnahmen von 314,3 € der Kleingemeinden < 2.501 Einwohner bis auf 748,4 € in den Städten mit 20.001 bis 50.000 Einwohnern ansteigen.

Gegenüber dem Jahr 2001 nahmen diese Pro-Kopf-Einnahmen um 17,4 Prozent zu, wobei die größeren Gemeinden mit 10.001 bis 50.000 Einwohnern Einnahmenschmälerungen ausweisen, was in erster Linie mit den Ausgliederungen verschiedener Dienstleistungen in rechtliche selbstständige Aufgabenträger zusammenhängt.

Laufende Transfereinnahmen

Die Gemeinden bezogen im Jahr 2006 beachtliche Pro-Kopf-Einnahmen aus Transferzahlungen (vor allem laufende Zuschüsse von Bund, Land, auch Kostenersätze von anderen Gemeinden beispielsweise im Rahmen von Schulgemeindeverbänden, Beiträge zur Abgangsdeckung von Gemeindespitalern durch die Sprengelgemeinden)³ von 176,3 €. Damit erreichen die Transfereinnahmen im Durchschnitt etwa die Hälfte der Einnahmen aus Leistungen (Gebühren, Entgelte, Mieten etc.). Kleinstgemeinden (<2.501 Einwohner) und Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern erhielten überdurchschnittliche Transfereinnahmen, wobei die Kleinstgemeinden in erster Linie Subventionen erhalten, während die großen Gemeinden als Standortgemeinden diverser Infrastruktur- und zentralörtlicher Einrichtungen Ko-Finanzierungen erhalten. Dagegen erzielten die Gemeinden mit 2.501 bis 10.000 Einwohnern deutlich unterdurchschnittliche Pro-Kopf-Einnahmen. Im Zeitraum zwischen den Jahren 2001 und 2006 nahmen die Pro-Kopf-Transfereinnahmen im Durchschnitt um 26 Prozent zu, wobei die Gemeinden der verschiedenen Einwohnerklassen unterschiedliche Zuwächse verzeichneten, was teils mit den finanzausgleichspolitischen Veränderungen, teils mit Ausgliederungen und Aufgabenübertragungen an Dritte zusammenhängt.

Tabelle 7: **Ausgewählte Ausgaben der laufenden Gebarung nach Einwohnerklassen pro Kopf, 2001-2006**

Einwohnerklassen	durchschnittliche Pro-Kopf-Ausgaben der Gemeinden (ohne Wien)						Veränderung 2001-2006
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Index 2001 = 100
Beträge in €/Kopf							
Leistungen für Personal							
0 bis 2.500	221,4	228,5	239,9	248,1	257,9	270,9	122,4
2.501 bis 5.000	265,4	272,0	287,2	295,6	306,1	320,9	120,9
5.001 bis 10.000	365,5	370,5	387,7	399,6	415,0	433,5	118,6
10.001 bis 20.000	513,5	522,4	500,1	510,4	527,4	520,6	101,4
20.001 bis 50.000	659,9	614,1	643,3	661,0	682,2	703,1	106,5
50.001 bis 500.000	659,8	666,3	693,9	708,0	695,0	674,0	102,1
Gemeinden gesamt	248,2	254,8	266,7	275,2	285,7	298,9	120,4
Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
0 bis 2.500	332,1	358,7	375,8	387,1	401,3	430,6	129,7
2.501 bis 5.000	321,3	346,9	365,5	376,0	394,2	421,2	131,1
5.001 bis 10.000	483,6	510,9	530,2	545,8	538,3	567,7	117,4
10.001 bis 20.000	485,2	526,3	546,4	530,9	557,1	564,5	116,4
20.001 bis 50.000	552,4	577,2	587,8	648,6	646,0	635,1	115,0
50.001 bis 500.000	602,3	585,0	586,5	628,9	670,9	694,6	115,3
Gemeinden gesamt	344,9	371,6	389,0	400,3	414,1	442,3	128,2
laufende Transferausgaben							
0 bis 2.500	295,7	310,0	323,6	340,5	355,1	374,3	126,6
2.501 bis 5.000	336,9	352,1	369,3	391,9	410,5	432,2	128,3
5.001 bis 10.000	370,1	389,0	402,3	427,1	466,9	494,6	133,7
10.001 bis 20.000	464,0	487,8	484,6	521,5	540,9	548,7	118,3
20.001 bis 50.000	500,6	501,6	562,7	590,9	604,5	587,6	117,4
50.001 bis 500.000	546,6	568,5	609,0	689,9	632,5	658,9	120,5
Gemeinden gesamt	313,0	327,9	342,2	361,3	378,0	397,7	127,1

Quelle: Statistik Austria, Rechnungsquerschnitt der Gemeinden, eigene Berechnung.

Anmerkung zur Durchschnittsberechnung: Mittelwert der Pro-Kopf-Einnahmen der einzelnen Gemeinden.

³ Zum besseren Verständnis der vielfältigen Rechtsgrundlagen für die diversen Transferzahlungen zwischen den Gebietskörperschaften und deren finanzwirtschaftliche Auswirkungen siehe die Analyse von Bröthaler, J.; Bauer, H.; Schönböck, W.: Österreichs Gemeinden im Netz der finanziellen Transfers: Steuerung, Förderung, Belastung; Wien-New York 2006.

Leistungen für Personal

Die Gemeinden (ohne Wien) wandten im Jahr 2006 pro Kopf 298,9 € für ihr Personal auf, was etwas mehr als den Einnahmen aus eigenen Steuern der Gemeinden entspricht. Kleinstgemeinden leisteten mit 270,9 € pro Einwohner leicht unter dem Durchschnitt liegende Personalausgaben, Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern wendeten hierfür 670 und 700 € pro Einwohner auf. Diese beachtlichen Unterschiede ergeben sich vor allem aus den unterschiedlichen Aufgaben und Einrichtungen der größeren Gemeinden. Gegenüber dem Jahr 2001 sind die Pro-Kopfausgaben im Jahr 2006 um 20,4 Prozent gestiegen, wobei die Ausgabensteigerung bei Kleingemeinden deutlich stärker als bei Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern – vor allem bedingt durch Ausgliederungen von Aufgaben - ausgefallen ist.

Verwaltungs- und Betriebsaufwand

Der Verwaltungs- und Betriebsaufwand der Gemeinden betrug im Jahr 2006 pro Kopf 442,3 €. Der Pro-Kopf-Aufwand machte in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern rund 425 € aus, in Gemeinden mit 5.001 bis 20.000 Einwohnern rund 565 € und in Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern rund 650 €.

Zwischen 2001 und 2006 sind die Pro-Kopf-Ausgaben für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand um beachtliche 28 Prozent angestiegen. Die geringsten Zuwächse weisen die Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern auf; überdurchschnittlich stark gestiegen sind dagegen die Betriebsaufwendungen bei den Kleingemeinden bis 5.000 Einwohner.

Laufende Transferausgaben

Die österreichischen Gemeinden (ohne Wien) leisteten beachtliche Transferzahlungen an andere Gebietskörperschaften, in geringerem Maß auch an private Haushalte. Sie beliefen sich im Jahr 2006 pro Kopf auf 397,7 €. Nach Größenklassen betrachtet liegen die Pro-Kopf-Transferausgaben zwischen 374,3 € bei den Kleinstgemeinden und 658,9 € bei den Großstädten. Gegenüber 2001 haben die Transferzahlungen um etwa 27 Prozent zugenommen (im Vergleich: die Zunahme der Einnahmen aus Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben im selben Zeitraum betrug 13 Prozent).

Tabelle 8: **Saldo der laufenden Gebarung nach Einwohnerklassen pro Kopf, 2001-2006**

Einwohnerklassen	durchschnittliche Pro-Kopf-Salden der Gemeinden (ohne Wien)						Veränderung 2001-2006
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Index 2001 = 100
	Beträge in €/Kopf						
Saldo 1 - Ergebnis der laufende Gebarung							
0 bis 2.500	212,9	208,6	187,8	192,9	201,2	196,8	92,4
2.501 bis 5.000	228,6	237,0	226,4	223,3	227,9	222,9	97,5
5.001 bis 10.000	240,0	244,2	270,8	216,6	207,3	212,9	88,7
10.001 bis 20.000	248,3	237,7	212,0	190,6	217,1	221,7	89,3
20.001 bis 50.000	271,1	272,0	186,3	157,8	188,4	234,4	86,5
50.001 bis 500.000	169,1	134,3	95,9	12,9	80,3	190,2	112,5
Gemeinden gesamt	218,3	216,5	199,8	198,8	206,1	203,1	93,0

Quelle: Statistik Austria, Rechnungsquerschnitt der Gemeinden, eigene Berechnung.

Anmerkung zur Durchschnittsberechnung: Mittelwert der Pro-Kopf-Einnahmen der einzelnen Gemeinden.

Ergebnis der laufenden Gebarung

Der Saldo der laufenden Gebarung betrug im Jahr 2006 im Durchschnitt der Gemeinden (ohne Wien) pro Einwohner 203,1 €. Dabei liegen die durchschnittlichen Salden der Gemeinden nach Einwohnerklassen innerhalb einer verhältnismäßig engen Bandbreite von rund 190 € für die großen Städte bis 223 € für die Gemeinden mit 2.501 bis 5.000 bzw. rund 234 € für die Städte mit 20.001 bis 50.000 Einwohnern.

Zwischen 2001 und 2006 erfolgte eine deutliche Verschlechterung, ging doch der Saldo der laufenden Gebarung pro Kopf um rund 7 Prozent zurück. Nur bei den größeren Städten kam es zu einer Verbesserung des Saldos der laufenden Gebarung um 12,5 Prozent; der Saldo lag mit 190,2 € pro Kopf (2006) jedoch noch immer unter dem Durchschnitt.

3. Jahresergebnis, Maastricht-Defizit und Ergebnis der Primärgebarung

3.1 Die Salden der Rechnungsquerschnitte und die Jahresergebnisse

Der Saldo der laufenden Gebarung gilt als Indikator für die Ertragskraft der Gemeinden. Er gibt an, in welchem Umfang laufende Ausgaben durch laufende Einnahmen gedeckt sind. Der Saldo wird zu Vergleichszwecken oft in Prozent der laufenden Einnahmen angegeben. Dieser Saldo ist in den Gemeinden in aller Regel positiv; dies bedeutet, dass der laufende Haushalt Mittel zur Bedeckung der Ausgaben der Vermögensgebarung abwirft.

Der Saldo der Vermögensgebarung zeigt an, in welcher Höhe Einnahmen aus Vermögensverkäufen sowie aus Zuschüssen Dritter zur Finanzierung der Investitionen und der Ausgaben für Investitionszuschüsse beigetragen haben; meist wird dieser Saldo negativ sein.

Das Ergebnis der Finanztransaktionen ist ebenfalls aufschlussreich, da die Aufnahme und Rückzahlung von Finanzmitteln besonderer Art, nämlich hauptsächlich von Finanzschulden, die Aufstockungen und Entnahmen aus Rücklagen sowie die Entwicklung von Wertpapierbeständen betrachtet werden.

Die drei Ergebnisse der einzelnen Gebarungsteile zusammen genommen zeigen das Jahresergebnis ohne die Verrechnungen zwischen o. und ao. Haushalt und ohne die Abwicklung der Vorjahre.

Tabelle 9 zeigt die Jahresergebnisse der Gebarung der Gemeinden ohne Wien und Wiens für die Jahre 2005 und 2006

Tabelle 9: Jahresergebnisse der Gemeindegebarung 2005 und 2006

Bezeichnung	Gemeinden ohne Wien				Wien				
	Ergebnis der laufenden Gebarung (Saldo 1)	Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen (Saldo 2)	Ergebnis der Finanztransaktionen (Saldo 3)	Jahresergebnis ohne Verrechnungen (Saldo 4)*	Ergebnis der laufenden Gebarung (Saldo 1)	Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen (Saldo 2)	Ergebnis der Finanztransaktionen (Saldo 3)	Jahresergebnis ohne Verrechnungen (Saldo 4)*	
Beträge in 1.000 €									
2005	Summe o. + ao. Haushalt	1.187.976	-1.209.753	35.250	13.474	882.552	-764.939	-113.620	3.994
2006	Summe o. + ao. Haushalt	1.299.460	-1.230.854	-15.716	52.890	881.388	-718.413	-161.621	1.355
Index 2005=100									
2005/ 2006	Summe o. + ao. Haushalt	109,4	101,7	-	392,5	99,9	93,9	142,2	33,9

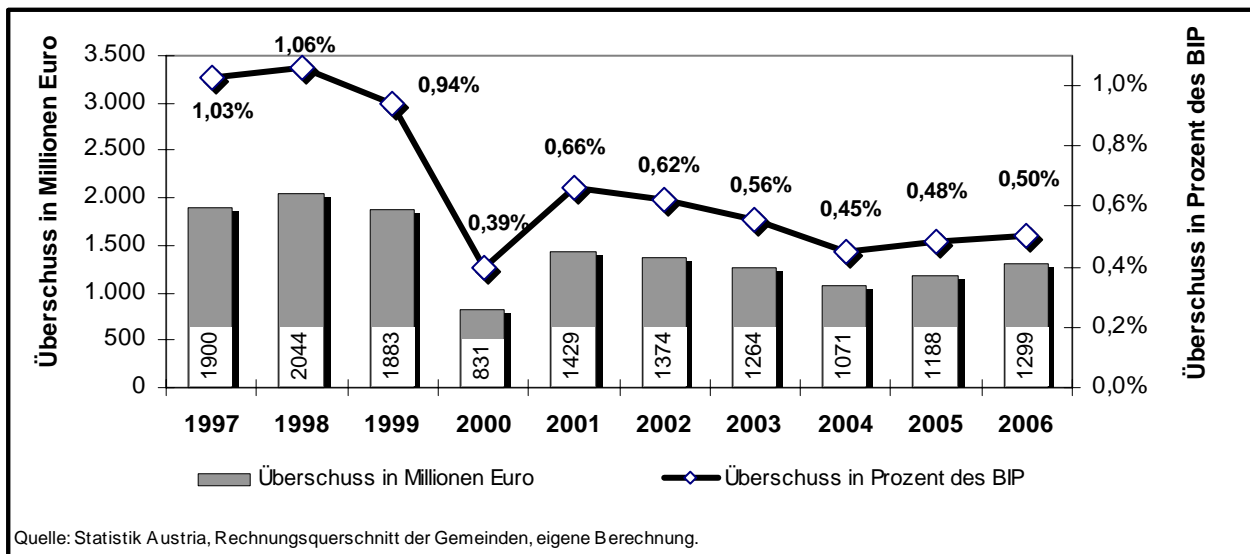
Quelle: Statistik Austria, Rechnungsquerschnitt der Gemeinden, eigene Berechnung.

* (+)=Überschuss, (-)=Fehlbetrag

Im Jahr 2006 standen in der Gesamtheit der österreichischen Gemeinden (ohne Wien) einem positiven Saldo der laufenden Gebarung von rund 1.299,5 Mio. € ein Saldo der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen von minus 1.230,9 Mio. € gegenüber. Dies bedeutet, dass im Durchschnitt aller Gemeinden ohne Wien die Investitionen und Investitionsförderungen mit den Einnahmen der Vermögensgebarung und aus den Überschüssen der laufenden Gebarung bedeckt werden konnten. Weiters wurde ein relativ geringer negativer Saldo der Finanztransaktionen von 15,7 Mio. € erreicht, womit ein leichter Abbau der Verschuldung bzw. ein leichter Rücklagenaufbau angezeigt wird. Das Jahresergebnis wies somit insgesamt ein leichtes Plus von 52,9 Mio. € auf, welches i.d. Regel zur Abwicklung von Fehlbeträgen aus den Vorjahren und / oder für Vorträge auf neue Rechnung verwendet wird. Für Wien ergab sich im Jahr 2006 ein Überschuss der laufenden Gebarung von 881,4 Mio. €, ein negativer Saldo der Vermögensgebarung von lediglich 718,4 Mio. € sowie ein negatives Ergebnis der Finanztransaktionen von minus 161,6 Mio. €; dies bedeutet insgesamt eine beträchtliche Entschuldung. Das Jahresergebnis war mit 1,4 Mio. € praktisch ausgeglichen.

Die Entwicklung der Salden der laufenden Gebarung der Gemeinden ohne Wien wird – wegen der zentralen Bedeutung für die Finanzpolitik – auch für die Periode von 1997 bis 2006 in der nachstehenden Grafik dargestellt. Diesen Angaben kann eine offenbar nachhaltige und massive Reduzierung (Verschlechterung) des Überschusses der laufenden Gebarung von rund 2 Milliarden € in den Jahren 1997 bis 1999 auf 1.071 bis knapp 1.299 Mio. € in den Jahren 2004 bis 2006 entnommen werden.

Abbildung 1: Saldo der laufenden Gebarung (Saldo 1) der Gemeinden ohne Wien, 1997-2006



3.2 Das öffentliche Defizit („Maastricht-Defizit“)

Das „Maastricht-Defizit“ (gegebenenfalls auch ein Überschuss) ist eine andere wichtige Kennzahl zur Beurteilung der Finanzen der Gebietskörperschaften; es wird auch als Netto-Defizit bezeichnet. Es drückt die Entwicklung der Finanzkraft der Verwaltungen ohne die Eigenbetriebe (ausgenommen die Zuschüsse an oder die Ablieferungen von diesen) aus und stellt die Neuverschuldung (gegebenenfalls auch eine Entschuldung) der **öffentlichen Haushalte ohne den Unternehmensbereich (Eigenbetriebe)** nach Vornahme der Investitionen und Investitionsförderungen dar. Der Maastricht-Saldo sollte weder mit dem Saldo der laufenden Gebarung noch mit dem Haushaltsergebnis (Jahresergebnis bzw. administratives Defizit) verwechselt werden. Bei der Bestimmung des Maastricht-Ergebnisses bleiben die Einnahmen und Ausgaben der Finanztransaktionen unberücksichtigt, was die Notwendigkeit zusätzlicher Verschuldung gegenüber dem Kreditsektor oder eine Entschuldung anzeigt.

Das gesamtstaatliche Netto-Defizit Österreichs betrug in der ersten Hälfte der 90er Jahre zwischen 4,4 und 5,6 Prozent des BIP. In den Folgejahren wurde es massiv reduziert, galt doch der Abbau des Netto-Defizites als wesentliche Voraussetzung für den Beitritt Österreichs zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Die bis zum Jahr 2001 überwiegend einnahmenseitig erfolgte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte führte im Jahr 2001 einmalig zu einem geringfügigen Überschuss in Höhe von 87 Mio. € oder „0,0 Prozent des BIP“. Das Jahr 2002 brachte dann – nicht zuletzt wegen der ungünstigen konjunkturellen Lage und der Hochwasserkatastrophe im Herbst – wieder ein Defizit von 1,087 Mio. € (-0,5 Prozent des BIP). In den Jahren 2003 bis 2004 ist ein weiteres Anwachsen des öffentlichen Defizits auf 1,6 bzw. 1,2 Prozent zu registrieren. Im Jahr 2005 kam es wegen der Auswirkungen der Steuerreform zu einem weiteren Anstieg des Netto-Defizits auf -3.832 Mio. € oder 1,6 Prozent des BIP bzw. im Jahr 2006 trotz verbesserter konjunktureller Lage auf -3.516 Mio. € oder 1,4 Prozent des BIP, wozu auch einmalige Effekte beigetragen haben. Für 2007 wird ein gesamtstaatliches Defizit von 2.000 Mio. € oder 0,7 Prozent erwartet.

Tabelle 10 zeigt die Entwicklung des Brutto-Inlandsproduktes, des öffentlichen Defizites und des öffentlichen Schuldenstandes von 1997 bis 2007 für den gesamten Staatssektor.

Die gesamte öffentliche Verschuldung erhöhte sich absolut von einem Schuldenstand 1997 von über 118 Mrd. € auf knapp über 159 Mrd. €; gemessen an den Anteilen am BIP konnte eine Reduzierung der öffentlichen Schulden vom Höchststand des Jahres 1997 mit 63,8 Prozent des BIP auf 61,7 Prozent des BIP reduziert werden. Das bedeutet, dass zum Jahresende 2006 der Stand der öffentlichen Schulden noch immer deutlich über der von der EU definierten Grenze von 60 Prozent des BIP lag. Für 2007 wird mit einem weiteren Anstieg der öffentlichen Verschuldung auf 163,3 Mrd. € gerechnet, was – nicht zuletzt aufgrund des erwarteten starken BIP-Wachstums – einem Verschuldungsgrad von 59,9 Prozent des BIP entspräche.

Tabelle 10: Bruttoinlandsprodukt, öffentliches Defizit, öffentlicher Schuldenstand

Jahr	BIP	öffentliches Defizit (-); Überschuss (+)		Öffentlicher Schuldenstand	
		Mio. €	in % BIP	Mio. €	in % BIP
	Mio. €	gemäß ESVG 1995		gemäß EU-Rats-VO Nr. 475/2000	
1997	185.141	-3.171	- 1,7	118.179	63,8
1998	192.384	-4.375	- 2,3	123.614	64,3
1999	200.025	-4.316	- 2,2	133.031	66,5
2000	210.392	-3.091	- 1,5	137.839	65,5
2001	215.878	87	0,0	142.398	66,0
2002	220.841	-1.087	- 0,5	145.234	65,8
2003	226.175	-3.669	- 1,6	146.099	64,6
2004	236.149	-2.803	- 1,2	150.599	63,8
2005	245.330	-3.832	- 1,6	155.526	63,4
2006	257.897	-3.516	- 1,4	159.053	61,7
2007	272.728	-2.000	- 0,7	163.300	59,9

Statistik Austria (Öffentliches Defizit/öffentlicher Überschuss; öffentlicher Schuldenstand; BIP 1996-2006), BMF (Öffentliches Defizit, öffentlicher Schuldenstand 2007), WIFO (BIP 2007)

Die „Maastricht-Beiträge“ der Länder und der Gemeinden zum gesamtstaatlichen Maastricht-Ergebnis weichen stark von der oben gezeigten gesamtstaatlichen Entwicklung sowie von der Entwicklung der Maastricht-Defizite des Bundes ab:

- Die Länder ohne Wien wiesen – mit Ausnahme des Jahres 2006 – in allen Jahren der Untersuchungsperiode Maastricht-Überschüsse auf. Allerdings zeigt sich zwischen 1997 und 2005 ein Trend einer deutlichen Reduzierung der jährlichen Überschüsse von 934 Mio. € (1997) und 786 Mio. € (1998) auf 131 Mio. € (2004) und auf 53 Mio. € (2005). Das ungünstige Ergebnis für die Länder im Jahr 2006 zeigt, dass neben einmaligen Effekten auch strukturelle Ungleichgewichte zumindest in einigen Bundesländern gegeben sind.
- Bei den Gemeinden ohne Wien sind in den Jahren von 1997 bis 2000 wechselnde – relativ geringe - Defizite und Überschüsse festzustellen. 2001 brachte die große Steuerform mit ihren Vorzieheffekten bei einigen Einnahmenkategorien und die restriktive Investitionspolitik den Gemeinden etwas „Luft“, sie erwirtschafteten 2001 und auch 2002 Überschüsse von 219 bzw. 213 Mio. €. Im Jahr 2003 und 2004 reduzierte sich der Überschuss spürbar auf 80 Mio. € bzw. 12 Mio. €. In den Jahren 2005 und 2006 konnten – teils als Folge von Übertragungen von Gemeindespitalern an einzelne Länder – höhere Überschüsse von 205 Mio. bzw. 256 Mio. € erzielt werden.
- Relativ günstig und auffallend kontinuierlich konnte das Maastricht-Ergebnis der Bundeshauptstadt gestaltet werden. Einem starken Defizitabbau in den frühen 90er Jahren folgten ab 1997 ausschließlich Überschüsse. In den Jahren 2001 bis 2004 lagen diese jeweils und zum Teil deutlich über der Schwelle von 300 Mio. €, im Jahr 2005 und 2006 betrug der Überschuss 275 bzw. 287 Mio. €, was jeweils mehr als 0,10 Prozent des BIP entspricht.

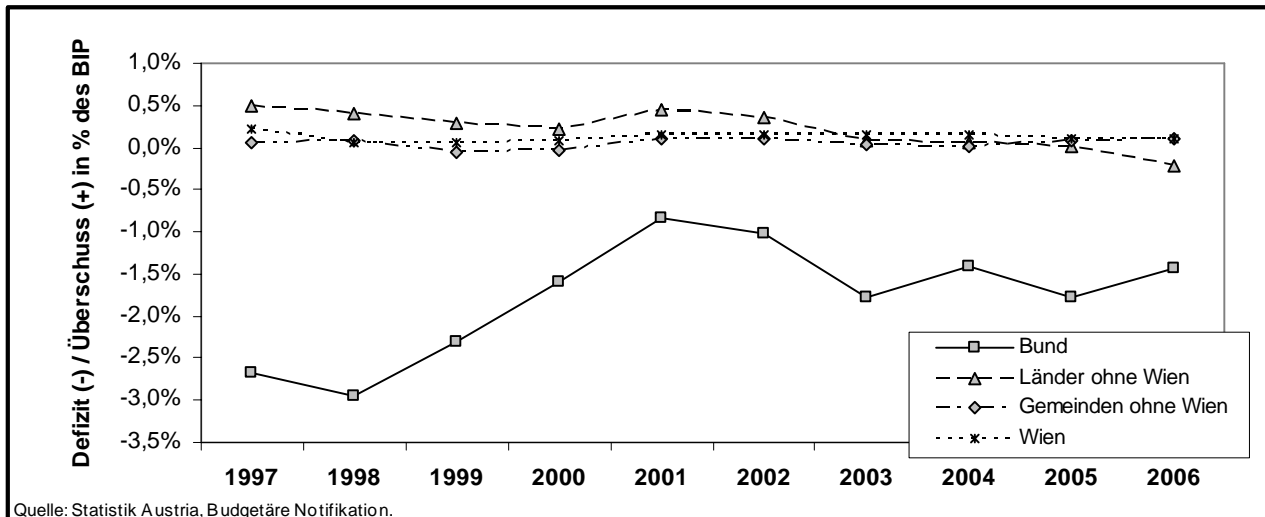
Tabelle 11 zeigt die Maastricht-Ergebnisse des Sektors der Länder (einschließlich Landesfonds) und des Gemeindesektors von 1997 bis 2006.

Tabelle 11: Maastricht-Ergebnisse nach Rechtsträgerebenen

Rechtsträger	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	in Millionen €									
Bund	- 4.950	- 5.663	- 4.621	- 3.362	- 1.784	- 2.235	- 4.003	- 3.331	- 4.355	- 3.706
Länder ohne Wien	934	786	589	461	993	780	179	131	53	- 531
Gemeinden ohne Wien	97	145	- 121	- 75	219	213	80	12	205	256
Wien	390	132	113	196	344	340	317	332	275	287
	in Prozent des BIP									
Bund	- 2,67	- 2,94	- 2,31	- 1,60	- 0,83	- 1,01	- 1,77	- 1,41	- 1,78	- 1,44
Länder ohne Wien	0,50	0,41	0,29	0,22	0,46	0,35	0,08	0,06	0,02	- 0,21
Gemeinden ohne Wien	0,05	0,08	- 0,06	- 0,04	0,10	0,10	0,04	0,01	0,08	0,10
Wien	0,21	0,07	0,06	0,09	0,16	0,15	0,14	0,14	0,11	0,11

Quelle: Statistik Austria, Budgetäre Notifikation.

Abbildung 2: Maastricht-Ergebnis nach Rechtsträgerebene in Prozent des BIP, 1997 bis 2006



Anzumerken ist, dass im Österreichischen Stabilitätspakt 2005, der gemeinsam mit dem Finanzausgleichsgesetz 2005 zwischen den Gebietskörperschaften abgeschlossen worden ist, für die Gemeinden für das Jahr 2005 bis 2008 jeweils ein Null-Ergebnis und für die Länder inklusive Wien für 2005 und 2006 jeweils Haushaltsüberschüsse in Höhe von mindestens 0,6 Prozent des BIP vereinbart worden sind. Der von den Ländern zu erbringende Stabilitätsbeitrag belief sich nach den damaligen Berechnungen auf rund 1,46 Mrd. €. Davon sollte Wien einen Beitrag von 265 Mio. € erreichen, die anderen Ländern zusammen knapp unter 1.200 Mio. €. Die oben angeführten Ergebnisse für die Jahre 2005 und 2006 zeigen, dass lediglich Wien die Vorgaben des Stabilitätspaktes erreicht hat während mehrere andere Bundesländer anstelle von Überschüssen Fehlbeträgen ausweisen mussten.

3.3 Ergebnis der Primären Gebarung

Eine weitere Kennzahl zur Beurteilung der Qualität der öffentlichen Finanzen ist der Primärüberschuss bzw. das Primärdefizit, welches sich nach Bereinigung der Gesamteinnahmen um die Schuldenaufnahmen und der Gesamtausgaben um die Schuldentilgungen ergibt. Zur nachhaltigen Entschuldung der Budgets ist die Erwirtschaftung von „Primärüberschüssen“ in den Haushalten notwendig.

Im Jahr 2006 erreichten die Gemeinden ohne Wien ein Primärdefizit von etwa 127 Mio. € und im Jahr 2005 von etwa 151,2 Mio. €, was gegenüber dem Jahr 2004 eine spürbare Entlastung bedeutet. Insgesamt ergab die Primäre Gebarung der Jahre 1997 bis 2006 nur zwei Mal, nämlich in den Jahren 2001 und 2002 Überschüsse, in allen anderen Jahren jedoch teils beachtlich hohe Defizite.

Tabelle 12 zeigt die Entwicklung der Primärdefizite und Primärüberschüsse der Gemeinden (ohne Wien) von 1997 bis 2006.

Tabelle 12: Primärüberschuss und Primärdefizit (Gemeinden ohne Wien)

Jahr	Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			Überschuss (+); Defizit (-)
	Insgesamt	Schuld- aufnahme	Bereinigte Einnahmen	Insgesamt	Schuldtilgung	Bereinigte Ausgaben	
Beträge in Millionen €							
1997	13.102,7	974,9	12.127,9	12.814,6	663,6	12.151,0	- 23,1
1998	13.412,6	1.032,6	12.379,9	13.184,7	645,3	12.539,4	- 159,4
1999	13.657,0	1.110,3	12.546,7	13.510,3	653,3	12.857,0	- 310,3
2000	13.541,5	1.028,0	12.513,5	13.311,0	636,3	12.674,7	- 161,2
2001	14.113,5	896,2	13.217,3	13.804,5	671,4	13.133,1	84,2
2002	14.806,6	989,7	13.816,9	14.581,0	803,3	13.777,7	39,2
2003	15.010,6	1.099,1	13.911,5	14.813,3	798,5	14.014,7	- 103,2
2004	14.579,2	1.154,6	13.424,6	14.588,8	780,7	13.808,1	- 383,5
2005	15.207,2	1.224,6	13.982,6	15.188,6	1.054,8	14.133,8	- 151,2
2006	15.260,1	1.023,0	14.237,1	15.229,1	865,0	14.364,1	- 127,0

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung.

4. Detaillierte Analyse der Gemeindeeinnahmen

Wie schon im Vorjahr betrachten wir nun die Gemeindeeinnahmen näher, wofür wir die – aus den Voranschlags- und Rechnungsquerschnitten bekannte – Gliederung nach der laufenden Gebarung und nach der Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen) verwenden. Zusätzlich weisen wir die jeweiligen Einnahmen, die den Eigenbetrieben der Gemeinden, d.s. die Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit, den wirtschaftlichen Unternehmungen und anderen rechtlich unselbständigen Wirtschaftsbetrieben der Gemeinden zugeordnet werden können, gesondert aus (Spalte: Abschnitte 85 – 89 in Tabelle 13).

Die Einnahmen der laufenden Gebarung der Gemeinden ohne Wien (siehe Tabelle 13) für den gesamten Haushalt (o. und ao. Haushalt) beliefen sich im Jahr 2006 auf rund 11,72 Mrd. €. Sie sind gegenüber dem Vorjahr um 426,2 Mio. € oder 3,8 Prozent gestiegen. Die Einnahmen der Vermögensgebarung ohne die Finanztransaktionen der Gemeinden ohne Wien sind vergleichsweise gering (1,34 Mrd. €), sie stammen zu fast zwei Dritteln aus Kapitalzuschüssen (v. a. von Bund und Ländern) sowie zu rund 30 Prozent aus dem Verkauf von Liegenschaften. Sie sind aber im Jahr 2006 gegenüber 2005 um rund 25,4 Mio. € gesunken.

Die laufenden Einnahmen der Eigenbetriebe der Gemeinden ohne Wien erreichten mit 2,17 Mrd. € weniger als ein Fünftel der gesamten laufenden Gebarung; die Einnahmen der Vermögensgebarung beliefen sich im Jahr 2006 auf rund 229,7 Mio. €, wobei es sich vor allem um Kapitalzuschüsse an die Infrastrukturbetriebe und um Veräußerungserlöse von Immobilien handelt.

Tabelle 13: **Einnahmen der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung der Gemeinden**

Bezeichnung	Gemeinden (ohne Wien)				Wien			
	2005		2006		2005		2006	
	Summe o. + ao. Haushalt	davon Abschnitte 85-89	Summe o. + ao. Haushalt	davon Abschnitte 85-89	Summe o. + ao. Haushalt	davon Abschnitte 85-89	Summe o. + ao. Haushalt	davon Abschnitte 85-89
in Mio. €								
Einnahmen der laufenden Gebarung								
10 Eigene Steuern	2.412,2	168,7	2.514,3	161,9	937,4	0,0	968,8	0,0
11 Ertragsanteile	4.192,1	0,1	4.350,0	0,1	3.122,5	0,0	3.259,5	0,0
12 Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen	1.369,3	1.157,3	1.423,3	1.207,3	464,0	464,0	526,2	526,2
13 Einnahmen aus Leistungen	1.191,1	306,9	1.181,7	269,5	549,9	54,7	537,0	53,4
14 Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit	430,6	211,4	489,0	214,9	143,0	3,5	161,3	1,3
15 Laufende Transferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts	873,7	197,0	870,3	180,7	2.086,3	557,2	2.184,6	599,8
16 Sonstige laufende Transfereinnahmen	138,2	19,3	144,1	17,2	441,7	0,0	465,9	0,0
17 Gewinnentnahmen der Gemeinden von Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben der Gemeinde	170,6	4,8	158,8	4,2	0,0	0,0	0,0	0,0
18 Einnahmen aus Veräußerung und sonstige Einnahmen	514,1	115,8	586,6	113,1	926,0	22,8	860,9	17,6
19 Summe der Einnahmen der laufenden Gebarung	11.291,9	2.181,3	11.718,0	2.168,9	8.670,8	1.102,2	8.964,1	1.198,3
Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen								
30 Veräußerung von unbeweglichem Vermögen	417,1	123,4	341,5	27,2	48,4	4,4	63,6	10,9
31 Veräußerung von beweglichem Vermögen	3,1	0,6	3,8	0,5	0,1	0,0	0,1	0,0
32 Veräußerung von aktivierungsfähigen Rechten	7,2	0,0	8,2	2,2	0,0	0,0	0,0	0,0
33 Kapitaltransferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts	895,1	189,6	930,5	190,0	233,1	15,7	208,6	15,7
34 Sonstige Kapitaltransfereinnahmen	49,5	13,5	62,6	9,8	16,0	0,4	6,4	0,0
39 Summe der Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	1.372,1	327,2	1.346,6	229,7	297,5	20,5	278,7	26,7

Quelle: Statistik Austria, Rechnungsquerschnitt der Gemeinden, eigene Berechnung.

Zu den Hauptposten der laufenden Einnahmen des Jahres 2006 zählen für die Gemeinden (ohne Wien) die vier folgenden – auf sie entfallen rund 84 Prozent der Einnahmen der laufenden Gebarung:

- Ertragsanteile an gemeinschaftliche Bundesabgaben mit rd. 4,35 Mrd. € oder 37,1 Prozent der laufenden Einnahmen,
- eigene Steuern mit rd. 2,51 Mrd. € oder 21,4 Prozent,
- Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen mit rd. 1,42 Mrd. € oder 12,1 Prozent,
- Einnahmen aus Leistungen (Entgelte für diverse Dienstleistungen) und Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit (vor allem Mieten und Pachten), zusammen etwas mehr als 1,67 Mrd. € oder 14,3 Prozent.

Die prozentuellen Zuwächse bei den hauptsächlichen Einnahmenkategorien gegenüber 2005 sind mit rund 4 Prozent vergleichsweise niedrig.

Für die Gesamteinnahmen der Gemeinden (ohne Wien) sind weiters die Transfereinnahmen aus mehreren Gründen von besonderer Bedeutung. Neben den Einnahmen aus laufenden Transferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts, die im Jahr 2006 mit 870 Mio. € zu Buche schlagen, müssen auch die Einnahmen aus Kapitaltransferzahlungen gerechnet werden, die mit rund 930,5 Mio. € doch spürbar höher als die laufenden Transfers waren.

Betrachtet man den Bereich der im Haushalt der Gemeinden noch verrechneten Betriebe und wirtschaftlichen Unternehmungen der Ansatzabschnitte 85 bis 89 zeigt sich ein anderes Bild: die Einnahmen aus Gebühren (vor allem Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallsammlung) sowie die Einnahmen aus Leistungen sowie aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit der Gemeinden ohne Wien erbrachten im Jahr 2006 zusammen rund 1.691,6 Mio. €, das sind 78 Prozent der laufenden Einnahmen der Eigenbetriebe. Die laufenden Einnahmen der Betriebe aus Gebühren, sowie Einnahmen aus Leistungen, Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit sind 2006 um 1 Prozent gestiegen.

Die Einnahmen der laufenden Gebarung der Stadt Wien (als Land und Gemeinde) sind 2006 geringfügig um 293,4 Mio. € oder 3,4 Prozent auf 8,96 Mrd. € gestiegen. Gegenüber der Summe der Gemeinden ohne Wien sind in der Bundeshauptstadt die Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen vergleichsweise gering (2006: 278,7 Mio.€ oder 3,1 Prozent der laufenden Einnahmen); ein Betrag von 208,6 Mio. € davon wird aus Kapitalzuschüssen anderer öffentlicher Rechtsträger (vor allem vom Bund) erzielt, weitere 63,6 Mio. € stammen aus Veräußerungen von unbeweglichem Vermögen.

Die laufenden Einnahmen Wiens sind teilweise anders strukturiert als jene der Gemeinden ohne Wien; sie setzen sich im Jahr 2006 hauptsächlich zusammen aus

- Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben mit rd. 3,26 Mrd. € oder 36,4 Prozent der Einnahmen aus laufender Gebarung,
- laufenden Transferzahlungen (von Trägern des öffentlichen Rechts, vor allem des Bundes) mit rd. 2,18 Mrd. € oder 24,4 %,
- eigenen Steuereinnahmen mit 968,8 Mio. € oder 10,8 % und
- Einnahmen aus Leistungen (Entgelte für diverse Dienstleistungen) und Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit (v. a. Mieten, Pachten) mit zusammen rund 698,2 Mio. € oder 7,8 Prozent.

Die Einnahmen der Eigenbetriebe Wiens im Jahr 2006 resultieren hauptsächlich aus Gebühren und Leistungserlösen (rund 580 Mio. €) und aus laufenden Transfereinnahmen von öffentlichen Rechtsträgern (rd. 600 Mio. €).

4.1 Die Einnahmen der Gemeinden aus Abgaben

Die eigenen Steuern der Gemeinden ohne Wien (siehe Tabelle 14.1) nahmen im Jahr 2006 um 103,2 Mio. € auf 2,50 Mrd. € zu, was gegenüber 2005 einen Zuwachs von 4,3 Prozent bedeutet. Im Zehnjahresvergleich ist das Aufkommen an Gemeindeabgaben lediglich um 9,7 Prozent gewachsen. Diese geringe nominelle

Zunahme⁴ hängt mit der Abschaffung der Getränkesteuer im Jahr 2000 zusammen (die Getränkesteuer-Ersatzlösung wurde über die Ertragsanteile der Gemeinden am Steuerverbund erzielt; allerdings ist kein vollständiger Ersatz geboten worden) und ist weiters mit der teils geringen Aufkommensdynamik bei einzelnen Gemeindeabgaben zu begründen.

Am stärksten sind die Einnahmen aus der Kommunalsteuer (+34,4 Prozent) und aus den Grundsteuern (+31,1 Prozent) gestiegen. Überdurchschnittlich stark stiegen auch die Einnahmen aus den Fremdenverkehrsabgaben, Orts- und Kurtaxen (+26,7 Prozent) sowie die „sonstigen“ Gemeindeabgaben (+20,6 Prozent). Verhalten entwickelten sich die konjunktursensiblen Interessentenbeiträge, die von 2000 bis 2006 stagnierten und insgesamt nur um 7,8 Prozent zunahmen.

Die mit Abstand wichtigste Gemeindesteuer ist die Kommunalsteuer, sie erbrachte 2006 1,54 Mrd. € und trug mit 61,7 Prozent zu den gesamten Gemeindeabgaben bei. Das im letzten Jahrzehnt festgestellte beachtliche Wachstum der Grundsteuern in Höhe von 31,1 Prozent ist auf die Ermächtigung des Jahres 1992, die Hebesätze um rund 20 Prozent zu erhöhen, und auf laufende Umwidmungen zurückzuführen. So bedeutet die Änderung der Grundstücksnutzung (z.B. Umwidmung von Ackerland in Bauland bzw. Betriebsgrundstücke) höhere Einheitswerte, welche eine erweiterte Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer ergeben.

Tabelle 14.1: **Aufkommen an ausgewählten Gemeindeabgaben (ohne Wien)**

Aufkommen	in Millionen €										Index 1997= 100
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	
Gewerbesteuer	28,0	21,6	8,3	7,8	8,5	3,3	1,2	1,9	-0,2	0,4	1,6
Kommunalsteuer	1.117,6	1.160,1	1.216,1	1.244,3	1.276,9	1.331,2	1.375,4	1.421,7	1.470,1	1.538,9	137,7
Kommunalsteuer + GewSt	1.145,5	1.181,7	1.224,4	1.252,1	1.285,5	1.334,5	1.376,6	1.423,6	1.470,0	1.539,3	134,4
Getränkesteuer	334,6	335,7	334,3	155,3	21,1	4,4	0,0	0,0	0,4	2,6	0,8
Grundsteuern	345,3	355,8	369,2	378,3	396,6	401,8	418,2	430,7	440,6	452,2	131,0
Interessentenbeiträge	237,3	232,5	221,1	255,9	246,4	235,0	250,6	242,6	254,1	255,8	107,8
Ankündigungsabgabe	10,3	11,9	12,8	8,0	0,1	-0,3	1,7	0,1	-0,1	-0,3	-3,3
Fremdenverkehrsabgaben, Orts- und Kurtaxen	46,1	49,5	49,3	54,8	49,4	51,3	53,8	54,9	55,8	58,4	126,7
sonstige Gemeindeabgaben	155,3	2.042,9	149,9	178,5	160,3	165,8	139,1	182,3	171,5	187,3	120,6
Gemeindeabgaben insgesamt	2.274,4	2.315,5	2.360,9	2.282,8	2.159,5	2.192,4	2.239,9	2.334,3	2.392,2	2.495,4	109,7

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

In Wien (siehe [Tabelle 14.2](#)) nahmen die Gemeindeabgaben von 2005 auf 2006 um 31,4 Mio. € oder 3,3 Prozent zu. In der gesamten Dekade von 1997 bis 2006 stagnierten sie zwischen 900 und 1.000 Mio. €, die höchsten Einnahmen wurden im Jahr 1999 mit knapp über einer Milliarde € erzielt. In Wien wurde die Entwicklung der Gemeindeabgaben vom Ausfall der Getränkesteuer und der Ankündigungsabgabe sowie vom Anstieg der Kommunalsteuer, der Grundsteuer und der „sonstigen“ Gemeindeabgaben geprägt.

Tabelle 14.2: **Aufkommen an ausgewählten Gemeindeabgaben für Wien**

Aufkommen	in Millionen €										Index 1997= 100
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	
Gewerbesteuer	13,5	8,6	3,0	4,1	1,8	0,2	0,3	0,2	0,4	0,4	3,1
Kommunalsteuer	457,6	463,2	479,3	491,1	519,8	514,3	512,3	524,0	539,7	557,8	121,9
Kommunalsteuer + GewSt	471,1	471,8	482,3	495,1	521,6	514,6	512,6	524,2	540,1	558,2	118,5
Getränkesteuer	71,8	72,6	74,5	22,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Grundsteuern	75,0	76,4	81,4	84,5	82,8	88,2	91,8	91,9	97,9	91,7	122,3
Interessentenbeiträge	0,7	0,3	0,3	0,2	0,1	0,3	0,0	0,2	0,6	0,5	70,2
Ankündigungsabgabe	42,6	44,8	12,1	73,3	73,3	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige Gemeindeabgaben	299,2	320,2	353,9	294,1	211,2	277,1	289,9	289,8	298,8	318,4	106,4
Gemeindeabgaben insgesamt	960,4	986,1	1.004,6	970,2	888,9	880,6	894,3	906,1	937,4	968,8	100,9

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

⁴ Im Vergleich dazu ist das nominelle BIP zwischen 1997 und 2006 um 39,3 Prozent gestiegen.

Die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (auch als Anteil am Steuerverbund bezeichnet) sind die wichtigste Einnahmenquelle der Gemeinden (siehe Tabelle 15). Im Jahr 2006 erbrachten sie den Gemeinden (ohne Wien) 5.008 Mio. €. Die Bundeshauptstadt erzielte 1.533 Mio. € als Land und 1.741 Mio. € als Gemeinde, insgesamt also 3.274 Mio. €. Zwischen dem Jahr 2001 und 2005 sind die Ertragsanteile der Gemeinden ohne Wien um lediglich 0,4 Prozent gestiegen, jene der Stadt Wien um knapp über 3 Prozent gesunken. Die Stagnation bzw. der Rückgang der Einnahmen aus Ertragsanteilen ist generell auf zwei Umstände zurückzuführen: Zum einen auf die durch die Maßnahmen zur Budgetsanierung verursachten Vorzieheffekte im Jahr 2001 und zum anderen auf eine erste Etappe der Steuerreform. Auch die schwache Konjunkturlage der Jahre 2000 bis 2004 hat dazu beigetragen. Im Jahr 2006 konnte aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung ein deutlicher Aufschwung verzeichnet werden. So stiegen die Ertragsanteile der Gemeinden (ohne Wien) gegenüber dem Jahr 2005 um 272 Mio. € bzw. 5,8 Prozent, die Ertragsanteile von Wien um 184 Mio. € bzw. 6,0 Prozent.

Tabelle 15: **Entwicklung der Ertragsanteile nach Gebietskörperschaften (ohne Vorweganteile)**

Jahr	Ertragsanteile insg. in Mio.€ (= 100%)	Bund		Länder (ohne Wien)		Wien				Gemeinden (ohne Wien)	
		Mio. €	Anteil	Mio. €	Anteil	als Land		als Gemeinde		Mio. €	Anteil
						Mio. €	Anteil	Mio. €	Anteil		
1997	34.121	22.635	66,3	5.014	14,7	1.313	3,8	1.354	4,0	3.805	11,2
1998	39.410	27.429	69,6	5.261	13,3	1.378	3,5	1.412	3,6	3.930	10,0
1999	40.158	28.012	69,8	5.334	13,3	1.396	3,5	1.447	3,6	3.969	9,9
2000	41.634	28.981	69,6	5.487	13,2	1.435	3,4	1.520	3,7	4.211	10,1
2001	46.910	33.257	70,9	5.740	12,2	1.505	3,2	1.692	3,6	4.717	10,1
2002	45.620	32.463	71,2	5.583	12,2	1.426	3,1	1.581	3,5	4.567	10,0
2003	44.423	31.733	71,4	5.369	12,1	1.370	3,1	1.576	3,5	4.374	9,8
2004	46.635	33.302	71,4	5.640	12,1	1.438	3,1	1.613	3,5	4.642	10,0
2005	51.266	37.731	73,6	5.710	11,1	1.453	2,8	1.637	3,2	4.736	9,2
2006	53.818	39.517	73,4	6.019	11,2	1.533	2,8	1.741	3,2	5.008	9,3
<i>Index 1997 = 100</i>											
2006	157,7	174,6		120,0		116,8		128,6		131,6	

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Vergleicht man die Entwicklung der Anteile des Bundes, der Länder und der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben seit Mitte der neunziger Jahre, erkennt man die Turbulenzen, die im Zuge des Beitritts zur EU und der Haushaltskonsolidierung auf den einzelnen staatlichen Ebenen eingetreten sind. Die schon angeführte Zentralisierungstendenz, also das Wachsen des Bundesanteils am Steuerverbund zu Lasten der Länder und Gemeinden ist sehr deutlich festzustellen: Während die Ertragsanteile in den Jahren von 1997 bis 2006 insgesamt um 57,7 Prozent zunahmen, reservierte sich der Bund ein überdurchschnittlich großes Stück vom Kuchen (+74,6 Prozent); die Länder ohne Wien mussten mit 20,0 Prozent, die Stadt Wien als Land mit 16,8 Prozent und als Gemeinde mit 28,6 Prozent sowie die Gemeinden ohne Wien mit 31,6 Prozent weit unterdurchschnittliche Steigerungen hinnehmen.

4.2 Abgabenaufkommen der Gemeinden im regionalen Vergleich

Auch ein Vergleich der Abgabenerträge – das ist die Summe der gemeindeeigenen Abgaben und der kommunalen Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben – nach Bundesländern lässt Entwicklungsunterschiede erkennen (siehe Tabelle 16).

Während die Abgabenerträge von 1997 bis 2006 im Gemeindefektor (ohne Wien) um 23,2 Prozent zunahmen, verzeichnete Wien – nicht zuletzt wegen der relativen Bevölkerungsverluste – eine Steigerung um lediglich 17 Prozent. Das stärkste Wachstum der Abgabenerträge zeigte sich im genannten Zeitraum in den burgenländischen (+33,4 Prozent) und in den Tiroler (+27,2 Prozent) Gemeinden. Den schwächsten Zuwachs beim Abgabenaufkommen erzielten die Kärnten Gemeinden (+17,8 Prozent). Es ist offensichtlich, dass nicht nur regional unterschiedliche konjunkturelle Entwicklungen zu diesem Ergebnis beitragen, sondern auch – wie bereits mehrfach erwähnt – die unterschiedlichen Veränderungsdaten bei der Bevölkerung und wohl auch unterschiedliche Entwicklungen der Wirtschaftsstruktur.

Tabelle 16: **Abgabenerträge der österreichischen Gemeinden nach Bundesländern**

Jahr	Burgen-land	Kärnten	Nieder-österreich	Ober-österreich	Salzburg	Steier-mark	Tirol	Vorarl-berg	Summe o. Wien	Wien insg.	Gesamt-summe
	in Millionen €										
1997	171,4	501,2	1.203,7	1.211,1	518,2	978,1	623,3	342,2	5.549,2	3.609,1	9.158,3
1998	184,7	507,1	1.224,2	1.259,9	538,7	995,3	636,6	346,8	5.693,2	3.692,8	9.386,0
1999	188,5	519,1	1.265,3	1.270,3	548,7	1.019,4	657,9	356,1	5.825,4	3.863,1	9.688,5
2000	193,1	522,2	1.260,8	1.296,5	561,5	1.035,8	658,6	352,9	5.881,3	3.898,8	9.780,1
2001	209,4	555,6	1.314,3	1.348,6	572,9	1.094,2	695,8	381,3	6.172,2	3.921,5	10.093,7
2002	207,3	551,6	1.336,4	1.385,2	589,0	1.084,7	723,0	389,2	6.266,4	3.962,0	10.228,4
2003	209,4	546,8	1.343,4	1.367,7	590,6	1.079,4	715,0	392,5	6.244,8	3.906,9	10.151,6
2004	215,7	553,8	1.365,1	1.406,7	600,6	1.093,6	737,4	400,2	6.373,0	3.957,0	10.329,9
2005	220,2	569,3	1.428,1	1.446,9	619,8	1.128,0	760,0	408,4	6.580,8	4.059,9	10.640,7
2006	228,5	590,7	1.484,0	1.491,2	648,2	1.179,0	792,9	421,8	6.836,3	4.223,1	11.059,4
<i>Index 1997 = 100</i>											
2006	133,4	117,8	123,3	123,1	125,1	120,5	127,2	123,2	123,2	117,0	120,8

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Diese Gegebenheiten und Trends haben das seit vielen Jahren bestehende West-Ost-Gefälle der Pro-Kopf-Abgabenerträge (inklusive Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen) weiter spürbar gemildert. Die Bandbreite der Pro-Kopf-Abgabenerträge zwischen den Gemeinden der verschiedenen Bundesländer ging deutlich zurück; der Vergleich der Pro-Kopfquoten im Jahr 1997 zeigte beispielsweise für die Gemeinden des Landes Burgenland ein Aufkommen in der Höhe von 57,5 Prozent des Aufkommens der Salzburger Gemeinden; im Jahr 2006 hingegen von 63,0 Prozent, was das Ergebnis des Aufholprozesses erkennen lässt.

Tabelle 17 zeigt die Entwicklung des Pro-Kopf-Aufkommens der Gemeinden an eigenen Steuern, Gebühren und Ertragsanteilen in den Jahren 1997 und 2006 nach Bundesländern.

Hauptverantwortlich für diese Differenzierung der Abgabenerträge sind die Gemeindeabgaben, die – nach dem Prinzip des örtlichen Aufkommens – in wirtschaftsstarken Regionen deutlich höhere Pro-Kopf-Werte erbringen als in wirtschaftsschwachen Zonen. Dagegen bewirken die Bestimmungen des horizontalen Finanzausgleichs bei der Verteilung der kommunalen Ertragsanteile grundsätzlich (Verteilung nach der Bevölkerungszahl bzw. nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel) und im Zeitablauf verstärkte Nivellierungseffekte. Diese Ausgleichseffekte zwischen „finanzkräftigeren“ und „finanzschwächeren“ Gemeinden sind im Jahr 2006 bei den Ertragsanteilen in folgendem Ausmaß festzustellen:

Die Pro-Kopf-Einnahmen aus Ertragsanteilen liegen bei den Gemeinden des Landes Salzburg um 19,2 Prozent, bei den Gemeinden des Landes Vorarlberg um 13,5 und bei den Gemeinden des Landes Tirol um 12,1 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Die Pro-Kopf-Einnahmen aus Ertragsanteilen der burgenländischen Gemeinden liegen dagegen um 16,8 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Die Verteilung der Ertragsanteile aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben zeigt somit die erwähnte nivellierende Wirkung; die aus der Verteilung der Gemeindeabgaben entstandenen größeren Aufkommensunterschiede pro Einwohner⁵ werden deutlich reduziert.

Dieser Nivellierungseffekt, der im Prinzip eine gleichmäßigere Versorgung mit Gemeinschaftseinrichtungen in verschiedenen strukturierten Gemeinden bewirken soll, ist zwar politisch als Kompromiss zwischen den kommunalen Interessensvertretungen Städtebund und Gemeindebund erwünscht, wirtschaftspolitisch jedoch nicht unproblematisch. Aufgrund der Gemeindegrößenstruktur operieren nämlich viele kleinere Gemeinden unter dem betriebswirtschaftlichen „Optimum“. Wenn strukturschwächeren und kleinen Gemeinden mehr Mittel zu Lasten der größeren Gemeinden zufließen, werden diese ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Aufgabenerbringung prolongiert (die bestehenden Verhältnisse werden konserviert). Oder anders gesagt: der Anreiz für mehr zwischengemeindliche Zusammenarbeit und für stärker betriebswirtschaftliches Führen von Infrastrukturanlagen, Bauhöfen, Veranstaltungshallen u. dgl. ist durch den herrschenden kommunalen Finanzausgleich nicht stark genug ausgeprägt.

⁵ Die Einnahmen der burgenländischen Gemeinden aus Gemeindeabgaben liegen im Jahr 2006 um rund 31 Prozent unter dem Durchschnitt für alle Gemeinden (ohne Wien), jene der Salzburger Gemeinden liegen um 19,4 Prozent darüber

Abbildung 3: **Konvergenz der Pro-Kopf Aufkommen der Gemeinden an Abgaben, Gebühren und Ertragsanteilen nach Bundesländern**

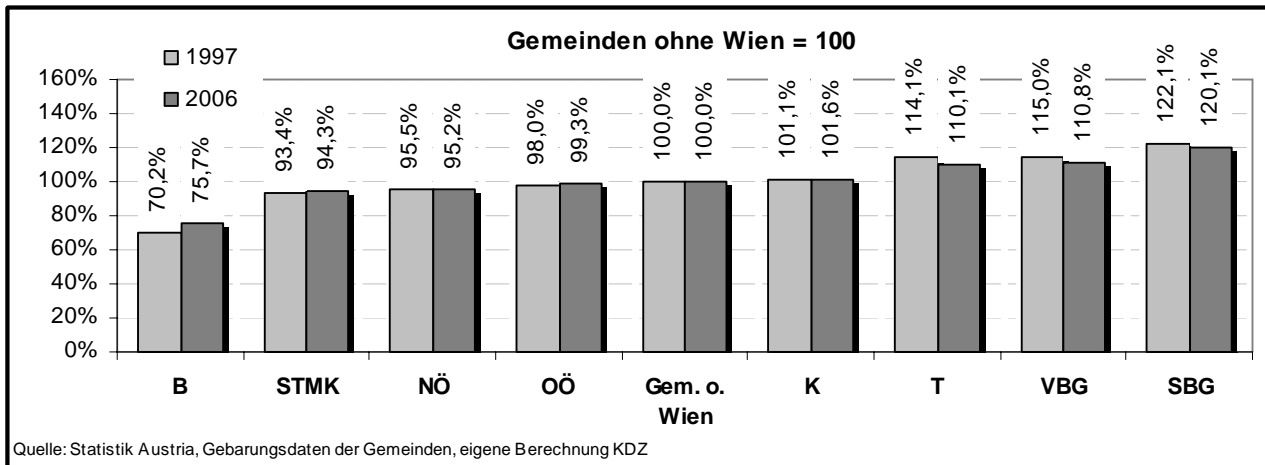


Tabelle 17: **Pro-Kopf-Aufkommen der Gemeinden an eigenen Abgaben, Gebühren und Ertragsanteilen nach Bundesländern**

Abgaben	Burgenland		Kärnten		Niederösterreich		Oberösterreich		Salzburg		Steiermark	
	1997	2006	1997	2006	1997	2006	1997	2006	1997	2006	1997	2006
	in Euro je Einwohner											
Grundsteuer A + B	44,0	57,2	61,5	72,3	55,2	68,2	56,0	69,5	68,4	81,1	48,1	65,3
Kommunalsteuer (und auslaufende Gewerbesteuer)	111,3	153,8	158,3	207,7	167,6	211,7	203,8	269,7	235,2	283,1	167,6	222,4
Getränkesteuer einschl. Speiseeisabgabe	36,6	-0,1	61,7	0,1	42,5	0,1	44,4	0,1	76,8	0,7	46,4	1,4
Lustbarkeitsabgabe (Vergnügungssteuer)	3,5	6,3	3,3	3,9	2,0	1,9	2,3	2,8	3,0	3,1	5,7	10,6
Interessentenbeiträge	21,8	28,3	49,8	44,2	29,6	42,1	40,5	39,7	38,9	29,3	42,0	41,7
Sonstige Gemeindeabgaben	14,2	20,5	41,8	52,7	23,6	18,0	28,2	35,2	67,5	62,1	21,3	19,2
Gemeindeabgaben	231,4	266,0	376,4	380,9	320,5	342,0	375,1	417,0	489,8	459,5	331,2	360,6
+ Geb.f.Benützung v.Gemeindeeinrichtungen. u. -anlagen	97,9	140,0	136,7	237,2	176,5	251,8	111,4	181,3	195,5	271,3	145,3	203,6
+ Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben	401,2	557,2	538,6	675,0	496,2	618,0	533,1	666,0	584,6	798,4	494,4	635,8
Abgabenertrag einschließlich Gebühren und Ertragsanteile	730,5	963,2	1.051,7	1.293,1	993,2	1.211,9	1.019,6	1.264,4	1.269,8	1.529,2	970,9	1.200,0

Abgaben	Tirol		Vorarlberg		Gemeinden ohne Wien		Wien		Gemeinden mit Wien	
	1997	2006	1997	2006	1997	2006	1997	2006	1997	2006
	in Euro je Einwohner									
Grundsteuer A + B	60,4	78,6	47,2	65,0	55,2	69,8	48,7	59,2	53,9	67,7
Kommunalsteuer (und auslaufende Gewerbesteuer)	196,2	258,6	222,9	280,8	183,1	237,4	305,9	360,1	207,4	261,1
Getränkesteuer einschl. Speiseeisabgabe	91,4	0,6	58,3	0,2	53,5	0,4	46,6	0,0	52,1	0,3
Lustbarkeitsabgabe (Vergnügungssteuer)	4,6	5,0	2,2	2,1	3,3	4,5	32,3	38,3	9,0	11,0
Interessentenbeiträge	42,8	45,5	33,0	23,9	37,9	39,5	0,4	0,3	30,5	31,9
Sonstige Gemeindeabgaben	26,4	38,1	52,5	69,3	30,5	33,4	194,2	167,1	62,9	59,2
Gemeindeabgaben	421,8	426,4	416,0	441,3	363,6	384,9	628,2	625,0	415,8	431,2
+ Geb.f.Benützung v.Gemeindeeinrichtungen. u. -anlagen	199,4	223,4	163,5	208,6	152,9	218,3	292,0	339,5	180,4	241,6
+ Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben	565,4	750,9	616,3	760,0	523,5	669,6	1.715,6	2.099,4	758,9	945,5
Abgabenertrag einschließlich Gebühren und Ertragsanteile	1.186,6	1.400,7	1.195,9	1.409,8	1.039,9	1.272,8	2.635,8	3.063,8	1.355,2	1.618,4

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

4.3 Abgabenaufkommen nach Gemeindegrößenklassen

Das Aufkommen der Gemeindeabgaben hängt – wie schon ausgeführt – im Wesentlichen von der Wirtschaftsstruktur der jeweiligen Gemeinde (z.B. Agrargemeinde, Dienstleistungszentrum, Fremdenverkehrsgemeinde, Gemeinde als Standort großer Industriebetriebe) und bei den Ertragsanteilen von der Einwohnerzahl ab. Die Einnahmen der Gemeinden aus Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen hängen dagegen zuerst vom Vorhandensein solcher Einrichtungen und Anlagen ab; weiters ergibt sich das Pro-Kopf-Aufkommen auch aus der Höhe der Gebühren und der jeweiligen Inanspruchnahme der kommunalen Leistungen.

Bemerkenswert ist jedenfalls, dass für die Gesamtheit der Gemeinden ohne Wien die Pro-Kopf-Einnahmen aus Gemeindeabgaben zwischen den Jahren 1997 und 2006 lediglich um 5,9 Prozent stiegen, jene aus Ertragsanteilen um 27,9 Prozent, während die Einnahmen aus Gebühren um 42,7 Prozent gestiegen sind. Bei den Gebühreneinnahmen ist die Steigerung bei den kleineren Gemeinden mit 54,2 Prozent zwischen 1997 und 2006 deutlich höher als bei den großen Gemeinden (über 50.000 Einwohner) mit 19,9 Prozent, was auch mit der Zunahme an Gemeindeeinrichtungen bei den kleineren Gemeinden zu erklären ist.

Die Pro-Kopf-Einnahmen aus der Kommunalsteuer als der aufkommensstärksten Gemeindeabgabe betragen im Durchschnitt der Gemeinden ohne Wien im Jahr 2006 237,5 €, die Kommunalsteuereinnahmen der burgenländischen Gemeinden lagen mit 153,8 € doch beträchtlich unter diesem Durchschnittsbetrag und in den Salzburger und Vorarlberger Gemeinden mit 283,1 bzw. 280,8 € fast um 20 Prozent darüber.

Die Pro-Kopf-Einnahmen aus Ertragsanteilen bei den kleineren und mittleren Gemeinden (< 10.001 Einwohner) sind zwischen 1997 und 2006 um rund 35 Prozent und damit signifikant stärker gestiegen als im gesamtösterreichischen Durchschnitt (Anstieg um 28 Prozent). Die Pro-Kopf-Einnahmen aus Ertragsanteilen bei den Gemeinden über 10.000 Einwohnern hingegen entwickelten sich mit rund 20 Prozent deutlich schwächer, was nicht zuletzt auf die finanzausgleichspolitischen Entscheidungen während des Zeitraumes von 1997 bis 2006 (neue FAG wurden gültig in den Jahren 1997, 2001 und 2005) zurückzuführen ist.

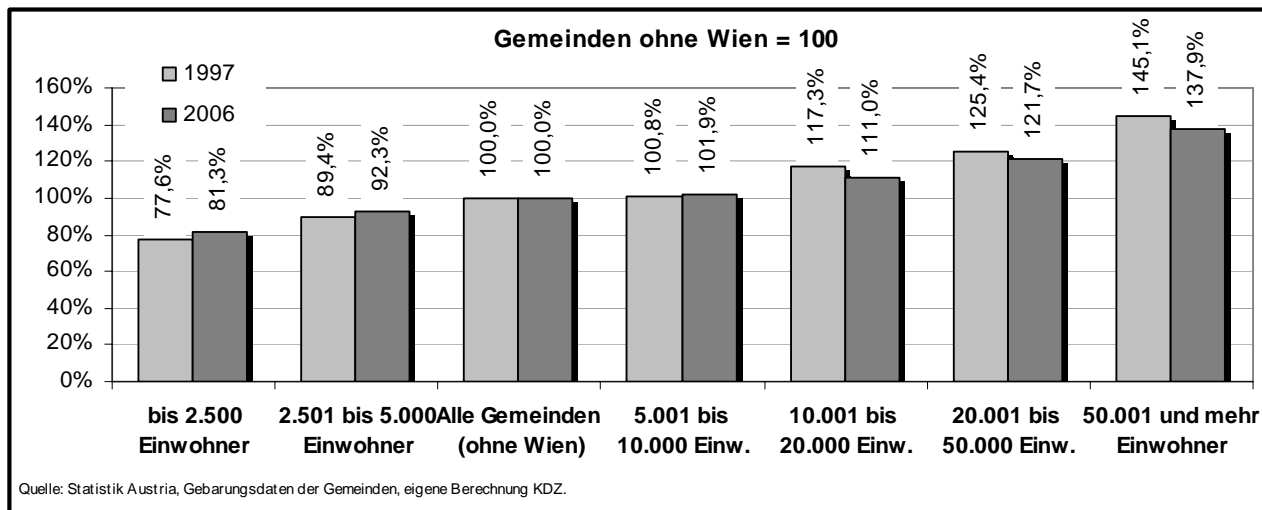
Tabelle 18 zeigt die Entwicklung des Pro-Kopf-Aufkommens an Abgaben, Gebühren und Ertragsanteilen in den Jahren 1997 und 2006 nach Einwohnergrößenklassen.

Tabelle 18: **Pro-Kopf-Aufkommen der Gemeinden an eigenen Abgaben, Gebühren und Ertragsanteilen nach Einwohnergrößenklassen (ohne Wien)**

Abgaben	bis 2.500 Einwohner		2.501 bis 5.000 Einwohner		5.001 bis 10.000 Einw.		10.001 bis 20.000 Einw.		20.001 bis 50.000 Einw.		50.001 und mehr Einwohner		Alle Gemeinden (ohne Wien)	
	1997	2006	1997	2006	1997	2006	1997	2006	1997	2006	1997	2006	1997	2006
Grundsteuer A + B	46,0	57,3	55,2	68,6	60,9	74,8	57,8	72,9	56,8	79,2	69,5	90,2	55,2	69,8
Kommunal- und Gewerbesteuer	89,8	123,0	154,2	196,6	229,5	282,9	262,2	334,7	255,5	339,0	321,9	418,2	183,1	237,5
Getränkesteuer einschl. Speiseeisabgabe	44,1	0,3	53,7	0,1	58,9	0,2	62,4	0,6	55,7	2,1	64,4	0,4	53,5	0,4
Lustbarkeitsabgabe (Vergnügungssteuer)	1,7	2,2	2,2	2,6	3,8	5,2	2,7	2,9	4,6	6,3	7,9	12,7	3,3	4,5
Interessentenbeiträge	41,1	45,0	45,7	45,8	38,6	43,6	30,0	35,6	19,7	18,9	31,9	24,4	37,9	39,5
Gemeindeabgaben	15,5	23,6	15,3	25,9	22,7	21,7	41,4	27,3	41,5	37,4	81,9	84,8	30,5	33,4
Gemeindeabgaben	238,2	251,4	326,3	339,5	414,4	428,5	456,6	474,0	433,7	482,9	577,5	630,8	363,6	384,9
+ Geb.f.Benützung v.Gemeindeeinrichtungen. u. -anlagen	120,5	185,8	154,6	228,4	186,2	266,7	194,5	246,3	186,7	258,8	158,2	189,7	152,9	218,3
+ Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben	448,0	598,2	448,9	606,6	447,7	601,5	568,9	692,8	683,9	807,6	772,7	935,4	523,5	669,6
Abgabenertrag einschließlich Gebühren und Ertragsanteile	806,7	1.035,3	929,8	1.174,5	1.048,2	1.296,6	1.220,0	1.413,1	1.304,4	1.549,3	1.508,4	1.755,9	1.039,9	1.272,8

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung.

Abbildung 4: Differenzierung des Pro-Kopf-Aufkommens der Gemeinden an eigenen Abgaben, Gebühren und Ertragsanteilen nach Einwohnergrößenklassen



5. Entwicklung des Personalstandes und der Personalausgaben der Gemeinden

Die Gemeinden (ohne Wien) beschäftigten im Jahr 2006 insgesamt 73.354 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; das sind um 1.106 Personen weniger als im Jahr zuvor. Gegenüber 2000 bedeutet dies einen Rückgang um 8.381 (-10,3 %). Dieser ist in erster Linie mit den erfolgten Ausgliederungen zu begründen. Weiters gibt es auch Veränderungen in der statistischen Erfassung, wodurch die Interpretation der Veränderung der Beschäftigten erschwert ist. Dennoch können die Beschäftigungszahlen im Bereich der Gemeinden als einigermaßen plausibel bezeichnet werden, auch wenn nach Aussage der Statistik Austria einige Gemeinden die Beschäftigten auf Vollzeitäquivalente umgerechnet, andere hingegen lediglich die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse gemeldet haben.

Je nach Bundesland entwickelte sich der Bedienstetenstand unterschiedlich. So kam es seit dem Jahr 2000 nur in den Gemeinden der Bundesländer Niederösterreich (eine wichtige Begründung liegt im Übertragen von Gemeindespitalern an das Land), Oberösterreich und Vorarlberg zu einem Rückgang der Bedienstetenanzahl um rund 20 Prozent. In den Gemeinden der anderen Bundesländer hingegen kam es zu Zuwächsen zwischen einem und zehn Prozent.

Tabelle 19 zeigt die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten in den Gemeinden von 2000 bis 2006.

Tabelle 19: Die Bediensteten der Gemeinden nach Bundesländern

	Burgenland	Kärnten	Nieder- österreich	Ober- österreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Gemeinden ohne Wien	Wien
Bedienstete zum 31.12.										
2000	2.613	5.722	20.913	18.241	7.843	13.319	7.356	5.727	81.734	84.666
2001	2.685	5.751	21.927	15.372	8.578	13.533	7.407	5.620	80.876	84.430
2002	2.654	5.782	20.540	15.345	9.424	13.848	7.386	5.391	80.370	82.661
2003	2.752	5.925	20.508	15.422	8.782	14.189	7.353	4.638	79.569	81.122
2004	2.721	5.629	17.494	14.896	8.499	13.645	7.518	4.508	74.910	80.629
2005	2.800	5.906	16.742	15.354	8.586	13.271	7.865	4.436	74.960	80.156
2006	2.836	5.792	16.292	14.162	8.675	13.411	7.785	4.400	73.354	79.480
Indices										
2000-2001	102,8	100,5	104,8	84,3	109,4	101,6	100,7	98,1	98,9	99,7
2001-2002	98,9	100,5	93,7	99,8	109,9	102,3	99,7	95,9	99,4	97,9
2002-2003	103,7	102,5	99,8	100,5	93,2	102,5	99,6	86,0	99,0	98,1
2003-2004	98,9	95,0	85,3	96,6	96,8	96,2	102,2	97,2	94,1	99,4
2004-2005	102,9	104,9	95,7	103,1	101,0	97,3	104,6	98,4	100,1	99,4
2005-2006	101,3	98,1	97,3	92,2	101,0	101,1	99,0	99,2	97,9	99,2

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung.

Die Gemeinde Wien weist für das Jahr 2006 einen gegenüber dem Jahr 2005 um 676 Beschäftigte reduzierten Personalstand aus; seit dem Jahr 2000 erfolgte eine Reduzierung um 6 Prozent.

Tabelle 20 zeigt die Entwicklung der Personalausgaben der Gemeinden nach Voranschlagsgruppen.

Tabelle 20: **Personalausgaben der Gemeinden nach VA-Gruppen**

VA-Gruppen	Personalausgaben					
	Gemeinden ohne Wien		Wien		Gemeinden ohne Wien	Wien
	1997	2006	1997	2006		
Beträge in Mio. €					Index 1997 = 100	
0 Vertretungskörper u. allgemeine Verwaltung	527,4	705,2	396,1	882,0	133,7	222,6
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit	78,2	94,8	68,5	86,5	121,1	126,2
2 Unterricht, Erziehung, Sport u. Wissenschaft	476,1	646,8	562,8	719,3	135,9	127,8
3 Kunst, Kultur und Kultus	95,3	122,0	20,8	25,8	128,0	124,2
4 Soziale Wohlfahrt u. Wohnbauförderung	151,4	124,9	182,3	64,2	82,5	35,2
5 Gesundheit	255,6	55,1	837,9	63,5	21,6	7,6
6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr	144,9	178,0	2,0	12,9	122,8	642,0
7 Wirtschaftsförderung	11,8	15,2	0,0	0,0	128,7	-
8 Dienstleistungen	453,9	641,2	280,8	312,8	141,3	111,4
9 Finanzwirtschaft	72,6	86,3	0,0	37,6	118,9	-
Gesamt	2.267,3	2.669,5	2.351,1	2.204,6	117,7	93,8

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Personalausgaben ohne 560.

Die in der Tabelle 20 ausgewiesenen Personalausgaben der Gemeinden sind für die Gemeinden ohne Wien im Zeitraum zwischen 1997 und 2006 um 17,7 Prozent gestiegen, in Wien dagegen um 6,2 Prozent gesunken. Dies ist sowohl eine Folge der meist jährlich erfolgten Gehaltssteigerungen als auch der sich ändernden Struktur und der Zahl der Bediensteten. Diese Veränderungen erkennt man bei Betrachtung der funktionellen Aufteilung (nach Voranschlagsgruppen). Sie zeigt, dass im Jahr 2006 in den Aufgabenbereichen „Allgemeine Verwaltung“, „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“ sowie „Dienstleistungen“ rund drei Viertel der gesamten Personalausgaben anfallen.

Im Aufgabenbereich Gesundheit lässt sich zwischen den Jahren 1997 und 2006 eine drastische Verringerung der Personalausgaben feststellen. Sie ist auf die Ausgliederung der Spitäler in den Bereich der netto-budgetierten wirtschaftlichen Unternehmungen sowie auf die Übertragung von Gemeindespitalern an das Land (im Fall Niederösterreich) zurückzuführen.

6. Kommunale Investitionstätigkeit

Die Investitionstätigkeit der Gemeinden ist unter verschiedenen Gesichtspunkten zu betrachten. Zunächst ist die Frage zu beantworten, welche Beträge die Gemeinden für eigene Investitionen und für Investitionsförderungen („Gesamtinvestitionen“) ausgeben können. Zweitens ist bedeutsam, welches Sachvermögen die Gemeinden im Laufe des Jahres schaffen („Bruttosachvermögensbildung“). Im Zuge der Investitionsförderung stellt sich auch die Frage nach dem Verhältnis zwischen Förderungen in Form von verlorenen Zuschüssen und solchen in Form von Darlehen, die – nach erfolgter Investition –, wenn auch meist sehr niedrig verzinst, wieder an die Gemeinden zurückgezahlt werden. Schlussendlich stellt sich die Frage, wie sich die Investitionstätigkeit der Gemeinden im Vergleich zur Gesamtwirtschaft entwickelt. Der Vergleich erfolgt anhand der „Bruttoinvestitionen“.

6.1 Bruttoinvestitionen

Die österreichischen Gemeinden (ohne Wien) investierten im Jahr 2006 2,11 Mrd. €, um 1,8 Prozent weniger als im Jahr 2005. Bemerkenswert ist ein Vergleich der kommunalen Investitionsausgaben der Jahre 1997 und 2006. Im Jahr 1997 erreichten die kommunalen Investitionen (Gemeinden ohne Wien) mit 2,65 Mrd. €

den höchsten Wert der zehnjährigen Beobachtungsperiode, 2006 mit den erwähnten 2,11 Mrd. € den niedrigsten. Innerhalb von zehn Jahren sind die Brutto-Investitionen damit nominell um mehr als zwanzig Prozent zurückgegangen.⁶

Von den Gemeindeinvestitionen entfielen 1,89 Mrd. € auf den Erwerb von unbeweglichem Vermögen, 221,5 Mio. € auf den Erwerb von beweglichem Vermögen. Erstere gingen gegenüber 2005 um 1,5 Prozent, zurück, letztere um 3,0 Prozent. Die Gemeinden (ohne Wien) erwarben im Berichtsjahr 2006 Wertpapiere und Beteiligungen im Umfang von 183,9 Mio. €.

Tabelle 21 zeigt die Entwicklung der Gemeindeinvestitionen sowie des Erwerbes von Wertpapieren, Beteiligungen und aktivierungsfähiger Rechte.

Tabelle 21: **Gemeindeinvestitionen (ohne Wien)**

Jahr	Bruttoinvestitionen				Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen
	Investitionen in ... bzw Erwerb von ...				
	Insgesamt	Bewegliche Güter	Unbewegliche Güter	Aktiv. Rechte	Mio. EUR
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	
1997	2.652,0	245,6	2.406,4	n.v.	66,4
1998	2.613,1	247,5	2.365,6	n.v.	59,7
1999	2.612,5	272,4	2.340,1	n.v.	59,9
2000	2.301,9	225,0	2.071,2	5,7	48,4
2001	2.148,5	215,6	1.924,3	8,6	103,1
2002	2.349,2	230,5	2.110,9	7,7	90,5
2003	2.456,4	236,1	2.212,8	7,4	99,7
2004	2.291,1	226,5	2.058,0	6,6	82,8
2005	2.153,2	228,4	1.916,2	8,6	156,7
2006	2.114,3	221,5	1.887,0	5,8	183,9
Index 1997 = 100					
2006	-20,3%	-9,8%	-21,6%	n.v.	177,0%

Quelle: Statistik Austria, Rechnungsquerschnitt der Gemeinden, eigene Berechnung.

Die Entwicklung der Gemeindeinvestitionen ist auch unter dem Blickwinkel der in den letzten Jahren erfolgten Aus- und Umgliederungen kommunaler Aufgaben zu sehen. Kosten und Finanzierungen kommunaler Aufgaben, die von privaten Unternehmungen oder dem privaten Sektor zugerechneten öffentlichen Betrieben und Unternehmungen getätigt werden, sind nicht mehr oder nur noch zum Teil in den Gemeindehaushalten ausgewiesen. Erst in allerjüngster Zeit erfolgen wieder Versuche, den Umfang dieser Leistungen und jener Aufgabenträger, die nun in privatrechtlichen Organisationsformen diese Aufgaben erbringen, zu quantifizieren.

6.2 Pro-Kopf-Investitionen der Gemeinden nach Bundesländern

Der Betrachtung der Pro-Kopf-Investitionen wurde der Begriff der Bruttoinvestitionen zugrunde gelegt, das ist die Summe der Investitionen in Hoch- und Tiefbau, in bewegliche Güter und in aktivierungsfähige Rechte.

Tabelle 22 zeigt die Pro-Kopf-Investitionen der Gemeinden nach Bundesländern von 1997 bis 2006.

Im Jahr 2006 wurden in den österreichischen Gemeinden 300 € je Einwohner investiert. Die Pro-Kopf-Quote ist die niedrigste seit Jahrzehnten. Im Vergleich der Gemeinden nach Bundesländern erwiesen sich im Berichtsjahr 2006 die Gemeinden Vorarlbergs (mit 402 €) als besonders investitionsfreudig. Das Pro-Kopf-Investitionsvolumen lag dort um rund 34 Prozent über dem österreichischen Durchschnittswert. Auch die Gemeinden in Niederösterreich und in Tirol investierten überdurchschnittlich, und zwar 362 bzw. 337 € (+20 bzw. +12 Prozent). Im Burgenland, in Salzburg und in der Steiermark blieben die Pro-Kopf-Quoten um rund 20 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt.

⁶ Wie erwähnt sind derzeit Daten zur Struktur der Investitionen bzw. der Investitionsförderungen nicht verfügbar.

Tabelle 22: Pro-Kopf-Investitionen der Gemeinden (ohne Investitionsförderung) nach Bundesländern

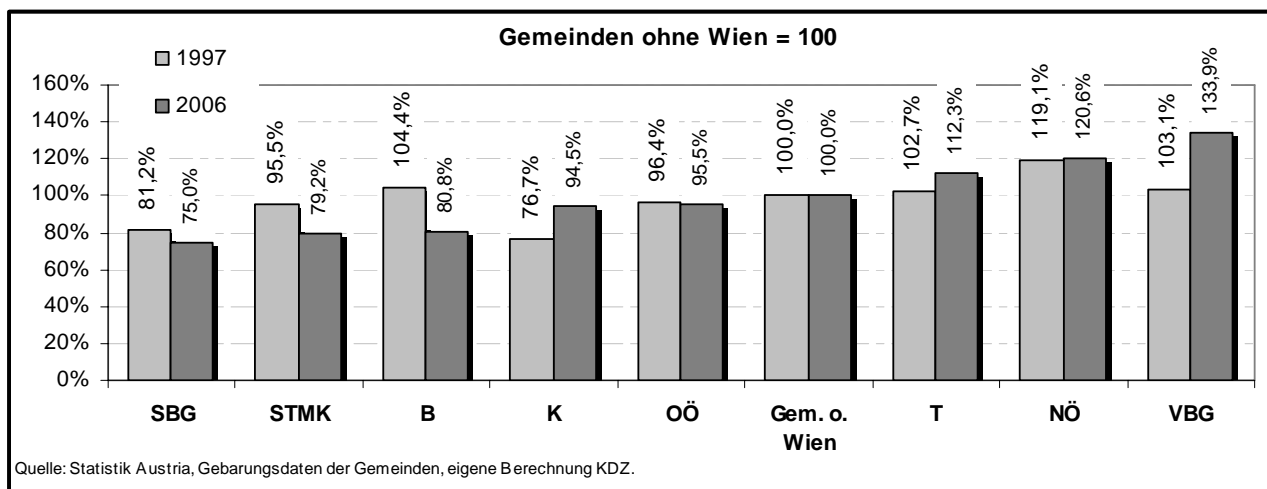
Bundesland	1997		1998		1999		2000		2001	
	€	Index	€	Index	€	Index	€	Index	€	Index
Burgenland	410	104,4	269	70,3	257	67,6	277	81,9	277	90,6
Kärnten	301	76,7	303	79,1	304	80,0	269	79,6	274	89,8
Niederösterreich	468	119,1	455	118,6	487	128,0	419	124,0	356	116,5
Oberösterreich	379	96,4	359	93,7	350	92,0	306	90,4	293	95,9
Salzburg	319	81,2	395	103,0	363	95,3	290	85,7	242	79,2
Steiermark	375	95,5	357	93,2	356	93,5	313	92,6	288	94,4
Tirol	403	102,7	392	102,3	351	92,1	331	97,8	292	95,6
Vorarlberg	405	103,1	449	117,2	428	112,4	444	131,3	383	125,3
Durchschnitt ohne Wien	393	100,0	383	100,0	381	100,0	338	100,0	306	100,0

Bundesland	2002		2003		2004		2005		2006	
	€	Index	€	Index	€	Index	€	Index	€	Index
Burgenland	298	89,8	245	70,9	270	83,8	253	83,8	243	80,8
Kärnten	297	89,5	281	81,3	268	83,2	253	83,7	284	94,5
Niederösterreich	370	111,4	397	114,7	391	121,2	368	121,6	362	120,6
Oberösterreich	350	105,6	412	119,0	347	107,6	302	99,9	287	95,5
Salzburg	304	91,7	280	81,0	247	76,5	246	81,3	225	75,0
Steiermark	289	87,2	276	79,8	277	85,8	249	82,4	238	79,2
Tirol	342	103,0	372	107,5	306	95,0	317	104,9	337	112,3
Vorarlberg	338	101,9	328	94,9	350	108,5	367	121,2	402	133,9
Durchschnitt ohne Wien	332	100,0	346	100,0	322	100,0	303	100,0	300	100,0

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung. Bevölkerung jeweils lt. letzter Volkszählung.

Anmerkung: beinhaltet nur Investitionen im Hoch- und Tiefbau, welche etwa 85-90% des Gesamtinvestitionsvermögens ausmachen.

Abbildung 5: Divergenz der Pro-Kopf-Investitionen der Gemeinden nach Bundesländern



6.3 Kommunale und volkswirtschaftliche Investitionstätigkeit

Zu bemerkenswerten Ergebnissen führt ein Langfristvergleich zwischen der Entwicklung der kommunalen Investitionstätigkeit, des gesamtösterreichischen Investitionsvolumens im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und des BIP. Im Jahr 2006 entsprach das Investitionsvolumen der Gemeinden (ohne Wien) 3,62 Prozent der österreichischen Brutto-Investitionen. Die Gemeinden erbrachten damit im Berichtsjahr den historisch niedrigsten Beitrag zum österreichischen Investitionsvolumen.

Auch die Relation zwischen Gemeindeinvestitionen und BIP zeigt diese „Investitionsflaute“ auf. Die Gemeindeinvestitionen entsprachen im Jahr 2006 0,75 Prozent des BIP und finden sich so auf einem Tiefpunkt. Allerdings ist mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass die Ausgliederungen von kommunalen Aufgaben – teils in Unternehmungen, teils in Gemeinde- und Wasserverbänden – es immer schwieriger machen, gesicherte Aussagen über die langjährige Entwicklung der Gemeindeinvestitionen zu treffen.

Tabelle 23 zeigt die Entwicklung der Gemeindeinvestitionen von 1997 bis 2006.

Tabelle 23: **Bruttoinlandsprodukt, gesamtwirtschaftliches und kommunales Investitionsvolumen laut ESVG 1995**

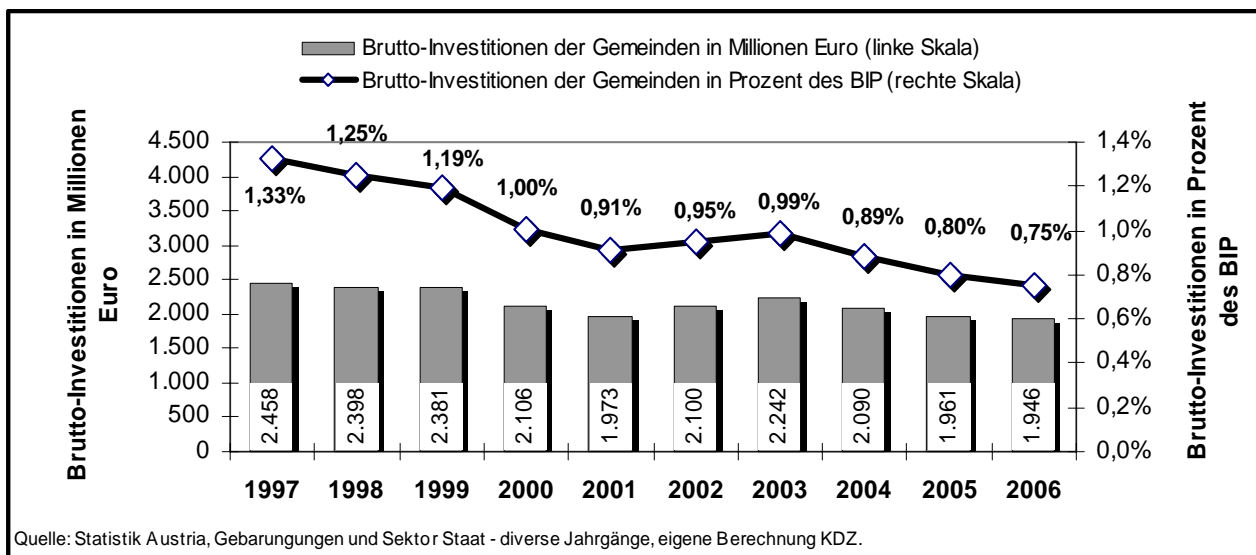
Jahr	BIP	Bruttoinvestitionen gesamt	Bruttoinvestitionen der Gemeinden (ohne Wien) *		
			Mrd. €	in % BIP	in % Inv.
1997	185,1	42,5	2,5	1,33	5,78
1998	192,4	44,2	2,4	1,25	5,43
1999	200,0	46,5	2,4	1,19	5,13
2000	210,4	49,3	2,1	1,00	4,27
2001	215,9	48,7	2,0	0,91	4,06
2002	220,8	45,8	2,1	0,95	4,58
2003	226,2	49,2	2,2	0,99	4,56
2004	236,1	50,4	2,1	0,89	4,14
2005	245,3	50,7	2,0	0,80	3,87
2006	257,9	53,8	1,9	0,75	3,62

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung.

Abkürzungen: BIP = Bruttoinlandsprodukt; Bruttoinvest. = gesamtwirtschaftliches Investitionsvolumen.

* Bruttoinvestitionen der Gemeinden inkl. ihrer brutto verrechneten Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit.

Abbildung 6: **Brutto-Investitionen der Gemeinden in Millionen Euro und in Prozent des BIP**



Quelle: Statistik Austria, Gebarungen und Sektor Staat - diverse Jahrgänge, eigene Berechnung KDZ.

Tabelle 24 weist die Investitionstätigkeit der österreichischen Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden ohne Wien, Wien) von 1997 bis 2006 aus.

Das Investitionsvolumen (Brutto-Anlageinvestitionen) hat bei den Gemeinden (ohne Wien) im Jahr 2005, in Wien und beim Bund im Jahr 2006 und bei den Ländern (ohne Wien) im Jahr 2004 einen Tiefstand erreicht. Die Brutto-Anlageinvestitionen aller der Gebietskörperschaften zusammen lagen damit im Jahr 2004 mit 2.085 Mio. € und im Jahr 2006 2.109 Mio. € auf einem besonders niedrigen Stand.

Die Gebietskörperschaften investierten 2006 im Rahmen der Hoheitsverwaltung 2,11 Mrd. €, nominell um 0,6 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Der Bund investierte 248,6 Mio. € (-23,3 Prozent), die Länder ohne Wien 624,5 Mio. € (+9,6 Prozent), die Stadt Wien 173,5 Mio. € (-16,8 Prozent) und die Summe der übrigen Gemeinden 1.062,3 Mio. € (+4,3 Prozent).

Von den Brutto-Anlageinvestitionen der Gebietskörperschaften entfielen somit im Jahr 2006 nur 11,8 Prozent auf den Bund (248,6 Mio. €), 29,6 Prozent auf die Länder ohne Wien (624,5 Mio. €), 8,2 Prozent auf die Gemeinde Wien (173,5 Mio. €), aber 50,4 Prozent auf die Gemeinden ohne Wien (1.062,3 Mio. €). Gemeinsam mit Wien umfassen die kommunalen Investitionen 2006 58,6 Prozent der öffentlichen Investitionstätigkeit.

Gegenüber 1997 gingen die Brutto-Anlageinvestitionen des Bundes bis 2006 nominell um 73,2 Prozent, die der Stadt Wien um 52,1 Prozent und die der Gemeinden (ohne Wien) um 33,5 Prozent zurück. Das Investitionsvolumen der Länder ist in der gleichen Periode nominell um 54,9 Prozent gewachsen.

Tabelle 24: **Brutto-Anlageinvestitionen von Bund, Ländern und Gemeinden (Hoheitsverwaltung)**

Jahr	Bund	Länder ohne Wien	Wien	Gemeinden ohne Wien	Gebietskörperschaften
in Mio. €					
1997	926,1	403,2	362,2	1.597,1	3.288,5
1998	925,1	395,1	384,6	1.533,8	3.238,6
1999	847,1	490,1	437,2	1.329,9	3.104,3
2000	765,9	472,6	387,3	1.188,7	2.814,5
2001	642,3	319,9	183,5	1.062,6	2.208,3
2002	524,9	547,9	195,2	1.160,7	2.428,7
2003	367,6	634,5	209,7	1.168,1	2.379,9
2004	294,6	525,5	180,6	1.084,0	2.084,7
2005	324,3	569,8	208,6	1.018,7	2.121,5
2006	248,6	624,5	173,5	1.062,3	2.108,9
Anteil am Brutto-Investitionsvolumen der Gebietskörperschaften in %					
1997	28,2	12,3	11,0	48,6	100,0
1998	28,6	12,2	11,9	47,4	100,0
1999	27,3	15,8	14,1	42,8	100,0
2000	27,2	16,8	13,8	42,2	100,0
2001	29,1	14,5	8,3	48,1	100,0
2002	21,6	22,6	8,0	47,8	100,0
2003	15,4	26,7	8,8	49,1	100,0
2004	14,1	25,2	8,7	52,0	100,0
2005	15,3	26,9	9,8	48,0	100,0
2006	11,8	29,6	8,2	50,4	100,0
Entwicklung der Bruttoinvestitionen (Index 1997 = 100)					
1997	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1998	99,9	98,0	106,2	96,0	98,5
1999	91,5	121,6	120,7	83,3	94,4
2000	82,7	117,2	106,9	74,4	85,6
2001	69,4	79,4	50,7	66,5	67,2
2002	56,7	135,9	53,9	72,7	73,9
2003	39,7	157,4	57,9	73,1	72,4
2004	31,8	130,3	49,9	67,9	63,4
2005	35,0	141,3	57,6	63,8	64,5
2006	26,8	154,9	47,9	66,5	64,1

Quelle: Statistik Austria, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Datenstand 27. 9. 2007.

7. Die Verschuldung der Gemeinden

7.1 Verschuldung und Schuldendienst

Die Verschuldung der Gemeinden wächst trotz rückläufiger Investitionstätigkeit weiter. Zum Jahresende 2006 betragen die Verbindlichkeiten der Gemeinden (ohne Wien) 10,98 Mrd. €, der Schuldenstand war so im Jahr 2006 um etwa 30 Prozent höher als 1997. Gegenüber 2005 hat der Schuldenstand nur um 145,1 Mio. € oder 1,3 Prozent zugenommen. Anders präsentiert sich die Lage in Wien, wo massive Ausgliederungen und eine Konsolidierungspolitik mittelfristig einen deutlichen Rückgang der Finanzschulden brachten. Die Finanzschulden der Bundeshauptstadt hatten 1997 4,02 Mrd. € betragen; sie sind dann bis zum Jahr 2003 auf 1,57 Mrd. € zurückgegangen und nach einem Anstieg auf 1,80 Mrd. € im Jahr 2005 im Jahr 2006 weiter auf 1,47 Mrd. € abgesunken.

Der Schuldendienst (Tilgungen und Zinsendienst) belastete 2006 die Budgets der Gemeinden ohne Wien mit über 1,17 Mrd. € und band so 10 Prozent der gesamten laufenden Einnahmen. Vom gesamten Schuldendienst entfielen rund 865 Mio. € auf Tilgungen und 307,6 Mio. € auf Zinszahlungen. Das im Jahr 2005 noch niedrige Zinsniveau begünstigte die Gemeinden sehr, lag doch die rechnerische Durchschnittsverzinsung der kommunalen Finanzschulden im Berichtsjahr noch bei 2,80 Prozent.

Die Gemeinden (ohne Wien) nahmen im Jahr 2006 insgesamt Kredite in Höhe von 1.023,0 Mio. € auf, um 201,5 Mio. € weniger als 2005, sie zahlten alte Schulden in Höhe von rund 865 Mio. € zurück (siehe Tab. 5), woraus eine Nettoneuverschuldung von rund 150 Mio. € resultierte.

Tabelle 25 zeigt die Entwicklung der Verschuldung der Gemeinden ohne Wien, der Gemeinde Wien sowie der Gesamtheit aller Gemeinden.

Tabelle 25: **Finanzschulden zum 31.12. und Schuldendienst in Mio. €**

Jahr	Schuldenstand (Finanzschulden)			Schuldendienst		
	Gemeinden ohne Wien	Wien	Gemeinden mit Wien	Gemeinden ohne Wien	Wien	Gemeinden mit Wien
Beträge in Mio. €						
1997	8.490,4	4.015,7	12.506,1	975,5	697,2	1.672,7
1998	8.799,9	3.793,6	12.593,5	972,8	613,7	1.586,5
1999	9.221,5	3.581,3	12.802,8	954,2	644,9	1.599,1
2000	9.594,4	2.044,2	11.638,6	985,7	479,6	1.465,4
2001	9.939,7	2.083,9	12.023,6	1.057,0	484,9	1.541,9
2002	10.097,0	2.104,4	12.201,4	1.142,2	416,4	1.558,6
2003	10.346,7	1.566,6	11.913,3	1.104,6	746,7	1.851,3
2004	10.654,6	1.785,7	12.440,4	1.063,4	392,0	1.455,4
2005	10.835,8	1.800,6	12.636,3	1.330,7	326,4	1.657,2
2006	10.980,8	1.473,5	12.454,3	1.172,6	480,2	1.652,8
<i>Index für 2006</i>						
1997=100	129,3	36,7	99,6	120,2	68,9	98,8
2003=100	106,1	94,1	104,5	106,2	64,3	89,3
2004=100	103,1	82,5	100,1	110,3	122,5	113,6
2005=100	101,3	81,8	98,6	88,1	147,1	99,7

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

7.2 Aufgliederung nach Schuldenarten

Die Aufgliederung der Schulden der Gemeinden (ohne Wien) in einzelne Schuldenarten entsprechend der VRV 1997 zeigt, dass im Jahr 2006 67,4 Prozent der Finanzschulden der Gemeinden ohne Wien auf solche entfallen, deren Schuldendienst mindestens zur Hälfte durch Gebühren, Entgelte oder Tarife gedeckt ist („Schuldenart 2“). Die Schulden der Schuldenart 2, werden hauptsächlich für Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit und sonstige Eigenbetriebe aufgenommen; unter der Annahme, dass sie im Rahmen weitgehend kostendeckender Gebühren, Mieten und Entgelte von den Benützern der Einrichtungen finanziert werden - belasten sie die Gemeindehaushalte nur wenig. Der Anteil der Schuldenart 2 hat längerfristig gesehen zugenommen, lag er doch im Jahr 1997 noch bei 63,7 Prozent. In den Jahren seit 2003 ist der Anteil der Schuldenart 2 an den gesamten Finanzschulden der Gemeinden ohne Wien jedoch wieder leicht gesunken (von 68,7 Prozent im Jahr 2003 auf 67,4 Prozent 2006).

Ein Anteil von 28,0 Prozent der gesamten Finanzschulden entfiel im Jahr 2006 auf Schulden der Kategorie 1. Dies sind Finanzschulden, deren Schuldendienst zu mehr als der Hälfte aus allgemeinen Deckungsmitteln getragen wird. Diese Schuldenart belastet daher im Vergleich zu den Schuldenarten 2 bis 4 den Gemeindehaushalt am stärksten. Der Anteil der Schuldenart 1 nahm vom Jahr 1997 (29,4 Prozent) bis zum Jahr 2003 (26,4 Prozent) mehr oder weniger kontinuierlich ab, die Abweichung des Jahreswertes 2001 (36,8 Prozent) dürfte auf eine erhebungsstatistische „Irritation“ zurück zu führen zu sein. In den Jahren 2004 bis 2006 war jedoch ein leichter Anstieg auf 28,0 Prozent festzustellen.

Tabelle 26.1: **Finanzschulden nach Schuldenarten; Gemeinden ohne Wien**

Jahr	Gesamtschulden in Mio. € (= 100%)	Schuldenart 1		Schuldenart 2		Schuldenart 3		Schuldenart 4	
		Mio. €	Anteil	Mio. €	Anteil	Mio. €	Anteil	Mio. €	Anteil
1997	8.490,4	2.497,5	29,4	5.412,0	63,7	337,9	4,0	243,0	2,9
1998	8.799,9	2.580,8	29,3	5.664,3	64,4	313,6	3,6	241,2	2,7
1999	9.221,5	2.682,1	29,1	5.996,9	65,0	317,7	3,4	224,8	2,4
2000	9.594,4	2.735,7	28,5	6.310,3	65,8	310,3	3,2	238,2	2,5
2001	9.939,7	3.656,4	36,8	5.731,9	57,7	345,2	3,5	206,2	2,1
2002	10.097,0	2.832,0	28,0	6.760,0	67,0	317,8	3,1	187,2	1,9
2003	10.346,7	2.732,0	26,4	7.103,5	68,7	328,4	3,2	182,7	1,8
2004	10.654,6	2.953,1	27,7	7.174,1	67,3	335,6	3,1	191,9	1,8
2005	10.835,8	3.037,3	28,0	7.344,3	67,8	297,6	2,7	156,6	1,4
2006	10.980,8	3.078,0	28,0	7.396,2	67,4	318,6	2,9	188,1	1,7

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Den Schuldenarten 3 und 4 kommen nur untergeordnete Rollen zu; lediglich 4,6 Prozent aller Gemeindefschulden oder 506,7 Mio. € entfielen im Jahr 2006 auf diese Schuldenarten. Sie wurden von den Gemeinden für andere Gebietskörperschaften und sonstige Rechtsträger aufgenommen; der daraus resultierende Schuldendienst wird weitgehend von den Gebietskörperschaften und Rechtsträgern, für die diese Schulden meist zu Zwecken der Vorfinanzierung von Maßnahmen aufgenommen worden sind, geleistet. In den zuletzt vergangenen Jahren verloren beide Schuldenarten an Bedeutung.

Tabelle 26.2: **Öffentliche Schulden in Millionen €**

Jahr	Gemeinden ohne Wien	Wien	Gemeinden mit Wien
	Beträge in Millionen €		
1997	4.307	2.494	6.801
1998	4.247	2.306	6.553
1999	4.200	2.066	6.266
2000	3.846	1.811	5.657
2001	3.380	1.802	5.183
2002	3.178	1.840	5.018
2003	3.047	1.392	4.439
2004	3.141	1.419	4.560
2005	3.133	1.479	4.612
2006	3.107	1.400	4.507
1997= 100	72,1%	56,1%	66,3%

Quelle: Statistik Austria, Stand 28.09.2007 (Budgetäre Notifikation).

Anmerkung: "Öffentliche Schulden" = Bruttoverbindlichkeiten der Gemeinden ohne Unternehmensbereich abzüglich der Forderungen der Gemeinden gegenüber anderen öffentlichen Rechtsträgern.

Die öffentlichen Schulden der Gemeinden nach ESVG 1995 – das sind die Verbindlichkeiten bei in- und ausländischen Kreditinstituten ohne die Verbindlichkeiten der Eigengesellschaften und der Eigenbetriebe – sind seit Mitte der Neunziger Jahre substanziell reduziert worden: In Wien wurde innerhalb der Beobachtungsperiode der Bestand der öffentlichen Schulden um 45 Prozent auf 1.400 Mio. € gesenkt, bei der Gesamtheit der anderen Gemeinden wurden die öffentlichen Schulden um etwa 30 Prozent des Standes von 1997 von 4.307 auf 3.107 Mio. € reduziert.

7.3 Herkunft der Fremdmittel der Gemeinden

In der Diskussion um die Verschuldung der Gemeinden wird auch die Frage nach der Herkunft der Kredite gestellt. Für das Jahr 2006 ergibt sich, dass 81,5 Prozent der Gemeindefschulden durch Inlandsanleihen und Darlehen bei inländischen Kreditinstituten und sonstigen Unternehmungen aufgebracht wurden. Ein Sechstel der Kredite wird von Trägern des öffentlichen Rechtes aufgebracht.

Tabelle 27: **Kreditgeber der Gemeinden**

Finanzierungsform	2005		2006	
	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %
Finanzschulden aus Auslandsanleihen und Darlehen bei ausländischen Kreditinstituten und sonstigen Unternehmungen für den eigenen Haushalt	70,2	0,6%	70,4	0,6%
Finanzschulden aus Auslandsanleihen und Darlehen bei ausländischen Kreditinstituten und sonstigen Unternehmungen aus weitergegeben Anleihen und Darlehen	4,2	0,0%	0,5	0,0%
Finanzschulden aus Inlandsanleihen und Darlehen bei inländischen Kreditinstituten und sonstigen Unternehmungen für den eigenen Haushalt	8.834,0	81,5%	8.955,3	81,6%
Finanzschulden aus Inlandsanleihen und Darlehen bei inländischen Kreditinstituten und sonstigen Unternehmungen aus weitergegebenen Anleihen und Darlehen	121,9	1,1%	122,2	1,1%
Finanzschulden aus Darlehen von Trägern des öffentlichen Rechtes	1.805,5	16,7%	1.832,4	16,7%
Finanzschulden insgesamt zum 31.12.	10.835,8	100,0%	10.980,8	100,0%

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

8. Österreichs Gemeinden im EU-Vergleich

In diesem Beitrag über die österreichischen Gemeindefinanzen wird abschließend auch eine europaweite Betrachtung von mehreren finanzwirtschaftlichen Indikatoren angestellt. Damit soll eine Einordnung der Finanzwirtschaft der österreichischen Gemeinden in die Entwicklung des Kommunalsektors der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ermöglicht werden. Der Vergleich erfolgt zum einen für den Bereich der Gemeindesteuern für die Jahre 2001 bis 2005, zum anderen für die beiden fiskalischen Maastrichtkriterien, nämlich Maastricht-Ergebnis und öffentlicher Schuldenstand der Gemeinden für die Jahre 2002 bis 2006.

8.1 Abgaben und Steuern im EU-Vergleich

Europaweit betreffen die Aufgaben der Gemeinden (in einigen Ländern bestehen mehrere Ebenen kommunaler Gebietskörperschaften, so z.B. in Deutschland, UK und Ungarn) ähnliche Bereiche der Daseinsvorsorge, wobei die Arbeitsteilung mit den anderen staatlichen Ebenen (Regionen, Länder, Zentralstaaten) unterschiedlich angelegt ist. So erbringen die Gemeinden der skandinavischen Staaten verschiedene soziale Versorgungsaufgaben, die etwa in Mittel- und Osteuropa teils dem Zentralstaat, teils dem Sozialversicherungssektor und in Südeuropa stärker den Regionen, obliegen. Die Finanzierung über eigene Steuern der Gemeinden und – in den föderalen Staaten wie Österreich oder Deutschland – über bedeutsame Anteile der Gemeinden am Steuerverbund ist allerdings unterschiedlich ausgeprägt. Zum einen sind die Steuerquellen verschieden, zum anderen empfangen die Gemeinden in vielen „Einheitsstaaten“, wie z.B. in den Niederlanden, im Vereinigten Königreich und in Frankreich bedeutsame Mittel in Form von Zuschüssen des Zentralstaates.

Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden bezüglich der Steuereinnahmen der Gemeinden nur Angaben für die Kategorien der Produktions- und Importabgaben (vor allem Umsatzsteuern, andere Konsumsteuern; hauptsächlich indirekte Steuern) sowie der Einkommen- und Vermögensteuern (z.B. Grundsteuern; hauptsächlich direkte Steuern) angeführt.

Tabelle 28: Einnahmen der Gemeinden aus Produktions- und Importabgaben in den 27 Staaten der EU 2001-2005

Land	2001	2002	2003	2004	2005	2001	2002	2003	2004	2005
	Beträge in Millionen €					in Prozent des BIP				
Belgien	3.208	3.587	3.842	3.931	4.071	1,2	1,3	1,4	1,4	1,4
Bulgarien	25	34	36	41	46	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Tschechische Republik	1.072	1.379	1.417	1.723	2.352	1,6	1,7	1,8	2,0	2,4
Dänemark	1.987	2.120	2.242	2.319	2.376	1,1	1,1	1,2	1,2	1,1
Deutschland	30.710	29.210	29.130	35.100	38.500	1,5	1,4	1,3	1,6	1,7
Estland	32	34	34	36	40	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Irland	658	747	836	908	940	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Griechenland	247	237	245	272	297	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Spanien	14.035	14.807	15.212	17.548	18.698	2,1	2,0	1,9	2,1	2,1
Frankreich	51.648	52.887	55.315	63.233	69.355	3,4	3,4	3,5	3,8	4,0
Italien	57.475	60.688	63.080	63.404	66.073	4,6	4,7	4,7	4,6	4,6
Zypern	29	31	35	44	44	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Lettland	89	87	87	92	96	1,0	0,9	0,9	0,8	0,7
Litauen	73	79	76	85	83	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4
Luxemburg	33	33	33	39	40	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Ungarn	1.139	1.339	1.472	1.720	1.875	1,9	1,9	2,0	2,1	2,1
Malta	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Niederlande	3.238	3.458	3.683	3.886	4.064	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8
Österreich	6.141	6.186	6.066	6.478	7.089	2,8	2,8	2,7	2,7	2,9
Polen	2.880	2.917	2.546	2.781	3.091	1,4	1,4	1,3	1,4	1,3
Portugal	1.893	2.100	2.092	2.239	2.200	1,5	1,6	1,5	1,6	1,5
Rumänien	140	1.222	1.492	1.704	3.135	0,3	2,5	2,8	2,8	4,0
Slowenien	159	180	212	222	248	0,7	0,8	0,9	0,8	0,9
Slowakei	107	161	184	204	293	0,5	0,6	0,6	0,6	0,8
Finnland	1	2	3	3	4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Schweden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vereinigtes Königreich	253	275	272	301	317	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gemeinden gesamt	177.269	183.801	189.643	208.313	225.325	1,9	1,9	1,9	2,0	2,1

Quelle: Hauptsteueraggregate der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Eurostat.

Tabelle 29: **Einnahmen der Gemeinden aus Einkommen- und Vermögensteuern in den 27 Staaten der EU 2001-2005**

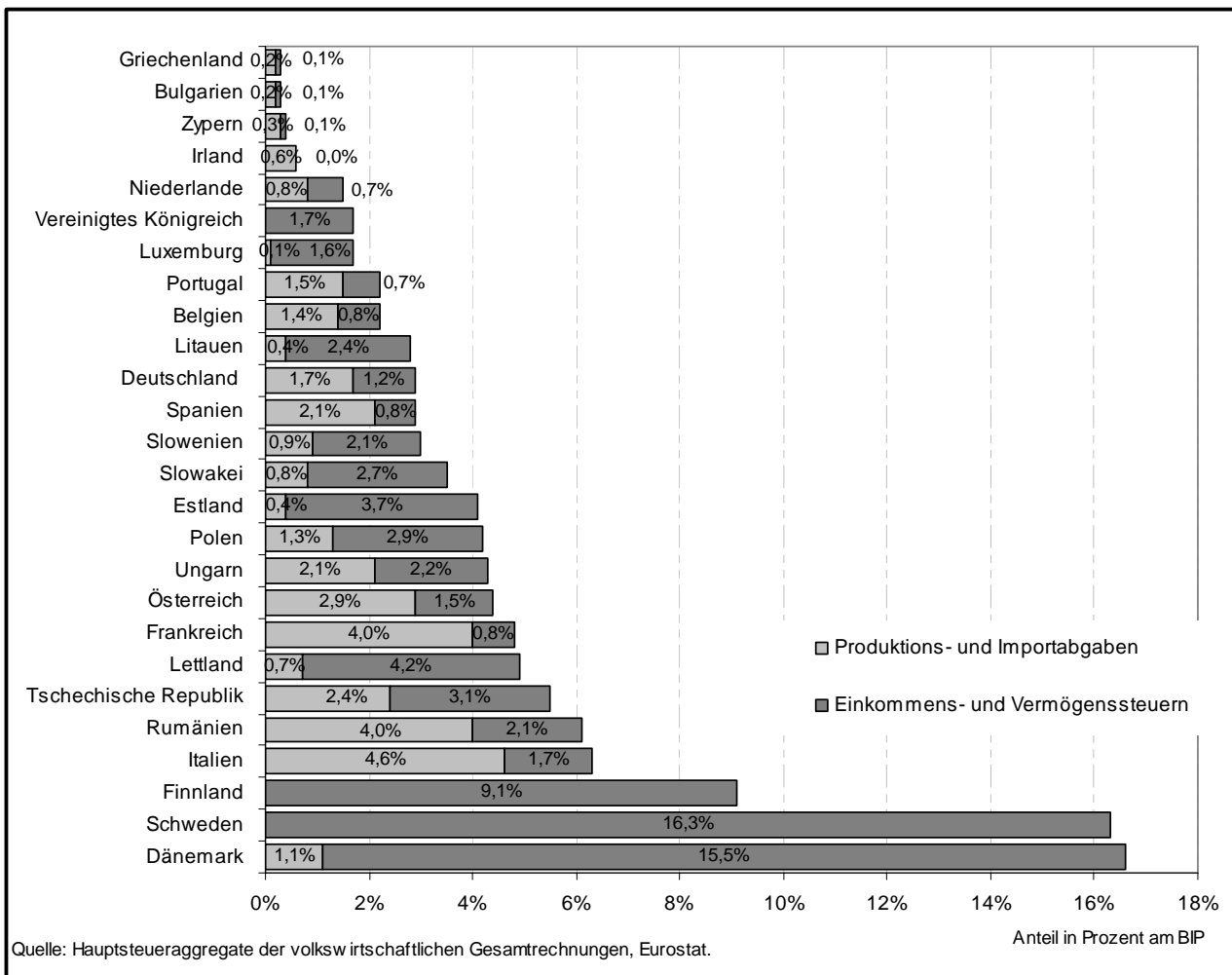
Land	2001	2002	2003	2004	2005	2001	2002	2003	2004	2005
	Beträge in Millionen €					in Prozent des BIP				
Belgien	2.078	2.250	2.392	2.409	2.498	0,8	0,8	0,9	0,8	0,8
Bulgarien	466	517	24	25	26	3,1	3,1	0,1	0,1	0,1
Tschechische Republik	1.546	2.070	2.213	2.415	3.089	2,2	2,6	2,7	2,8	3,1
Dänemark	28.499	29.437	30.108	30.933	32.326	15,9	15,9	16,0	15,8	15,5
Deutschland	26.970	27.450	27.140	26.040	26.110	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2
Estland	254	281	314	354	407	3,7	3,6	3,7	3,8	3,7
Irland	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Griechenland	138	139	143	158	173	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Spanien	5.096	5.353	5.533	6.358	7.038	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8
Frankreich	10.192	10.864	11.433	12.041	12.892	0,7	0,7	0,7	0,7	0,8
Italien	19.389	21.058	23.370	24.558	24.078	1,6	1,6	1,8	1,8	1,7
Zypern	21	14	17	16	17	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Lettland	370	397	419	479	543	4,0	4,0	4,2	4,3	4,2
Litauen	705	339	358	422	496	5,2	2,3	2,2	2,3	2,4
Luxemburg	474	539	552	464	466	2,1	2,2	2,2	1,7	1,6
Ungarn	1.204	1.470	1.719	1.960	1.942	2,0	2,1	2,3	2,4	2,2
Malta	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Niederlande	2.883	3.053	3.292	3.535	3.753	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7
Österreich	4.512	4.171	4.115	4.162	3.739	2,1	1,9	1,8	1,8	1,5
Polen	3.539	3.853	3.302	5.364	6.972	1,7	1,8	1,7	2,6	2,9
Portugal	658	715	649	830	1.000	0,5	0,5	0,5	0,6	0,7
Rumänien	195	1.474	1.602	1.827	1.680	0,4	3,0	3,0	3,0	2,1
Slowenien	471	505	531	565	587	2,1	2,1	2,1	2,2	2,1
Slowakei	236	248	272	319	1.028	1,0	1,0	0,9	0,9	2,7
Finnland	13.786	13.751	13.513	13.753	14.303	9,9	9,6	9,3	9,0	9,1
Schweden	38.832	41.316	44.177	46.013	46.926	15,7	16,0	16,4	16,4	16,3
Vereinigtes Königreich	24.359	26.289	26.709	29.412	30.834	1,5	1,6	1,7	1,7	1,7
Gemeinden gesamt	186.874	197.552	203.898	214.410	222.922	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0

Quelle: Hauptsteueraggregate der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Eurostat.

Man erkennt für den Durchschnitt des Gemeindesektors in der EU, dass die Gemeindeeinnahmen aus Produktions- und Importabgaben eine etwas stärkere Zunahme (von 1,9 auf 2,1 Prozent des BIP) erfahren haben, als die Anteile der Gemeinden an den Einkommen- und Vermögensteuern (konstante Anteile von etwa 2,2 Prozent des BIP). Besonders stark gestiegen sind im Zeitraum zwischen 2001 und 2005 die Einnahmen aus Produktions- und Importabgaben der Gemeinden der Tschechischen Republik (von 1,6 auf 2,4 Prozent des BIP), und von Rumänien (von 0,3 auf 4,0 Prozent des BIP). Hohe, teils noch steigende, teils leicht sinkende Anteile an den Einkommen- und Vermögensteuern zeigen sich für die Gemeinden Schwedens (16,3 Prozent des BIP in 2005), Dänemarks (15,5 Prozent des BIP), Finnland (9,1 Prozent des BIP).

Die gesamten Steuereinnahmen der Gemeinden waren 2005 überdurchschnittlich hoch in den genannten skandinavischen Staaten; im Mittelfeld liegen die Gemeinden Italiens (6,3 Prozent), Rumäniens (6,1 Prozent), der Tschechischen Republik (5,5 Prozent), Frankreichs (4,8 Prozent) und Österreichs (4,5 Prozent). Unterdurchschnittliche Steuereinnahmen zeigen sich für die Gemeinden u.a. in Belgien (2,2 Prozent), Portugal (2,2 Prozent), Vereinigtes Königreich (1,7 Prozent) und in den Niederlanden (1,5 Prozent).

Abbildung 7: Einnahmen der Gemeinden aus ausgewählten Abgaben und Steuern 2005 in den 27 Staaten der EU in Prozent des BIP



8.2 Maastricht-Ergebnisse und öffentliche Verschuldung der Gemeinden im EU-Vergleich

Die Finanzierungssalden (Maastricht-Ergebnisse) der Gemeinden zeigen für den Großteil der EU-Mitgliedsstaaten negative Salden (Maastricht-Defizite). Besonders hohe negative Salden wiesen im Jahr 2006 Italien (- 1,1 Prozent des BIP), Ungarn (- 0,8) und Dänemark (- 0,6); negative Salden von – 0,2 bis – 0,4 Prozent des BIP können für die Gemeinden der folgenden Staaten registriert werden: Belgien, Spanien, Finnland, Frankreich, Polen und Slowakei. Null-Defizite also ausgeglichene Maastricht-Ergebnisse der Gemeinden zeigten sich im Jahr 2006 u.a. für die Niederlande, für Griechenland, Portugal und für Schweden. Positive Maastricht-Ergebnisse erzielten u.a. die Gemeinden von Bulgarien (0,2 Prozent des BIP), Deutschland (0,1), Irland (0,1) und Österreich (0,1).

Bezüglich der Maastricht-Schuldenstände zeigen sich verhältnismäßig hohe öffentliche Schulden der Gemeinden in Italien (8,3 Prozent des BIP2006, steigende Tendenz), in den Niederlanden (7,3 Prozent, jedoch mit sinkender Tendenz), Frankreich (7,2 Prozent, mit steigender Tendenz), Schweden (6 Prozent), Dänemark, Finnland, Belgien, Deutschland (mit 5,2 bis 5,4 Prozent des BIP und teils leicht steigender Tendenz). Demgegenüber sind die Maastricht-Schulden der österreichischen Gemeinden (1,9 Prozent des BIP, sinkende Tendenz) deutlich niedriger.

Tabelle 30: Finanzierungssalden der Gemeinden in den 27 Staaten der EU 2002-2006

Land	2002	2003	2004	2005	2006	2002	2003	2004	2005	2006
	Beträge in Millionen €					in Prozent des BIP				
Belgien	-476	-186	-389	-463	-665	-0,2	-0,1	-0,1	-0,2	-0,2
Bulgarien	78	-36	58	-111	42	0,5	-0,2	0,3	-0,5	0,2
Tschechische Republik	-380	-442	-82	-17	-348	-0,5	-0,5	-0,1	0,0	-0,3
Dänemark	-40	-14	-188	-698	-1.368	0,0	0,0	-0,1	-0,3	-0,6
Deutschland	-4.970	-6.900	-2.100	-990	1.200	-0,2	-0,3	-0,1	0,0	0,1
Estland	-47	-30	-21	-3	36	-0,6	-0,3	-0,2	0,0	0,3
Irland	-531	425	147	392	249	-0,4	0,3	0,1	0,2	0,1
Griechenland	-5	39	-22	4	-88	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Spanien	-860	-1.900	115	-971	-2.002	-0,1	-0,2	0,0	-0,1	-0,2
Frankreich	1.998	548	-2.364	-3.320	-3.845	0,1	0,0	-0,1	-0,2	-0,2
Italien	-10.437	-5.988	-13.143	-12.046	-16.933	-0,8	-0,4	-0,9	-0,8	-1,1
Zypern	-15	-20	-18	-13	-12	-0,1	-0,2	-0,1	-0,1	-0,1
Lettland	-89	-5	-13	3	18	-0,9	-0,1	-0,1	0,0	0,1
Litauen	6	-6	27	-11	-84	0,0	0,0	0,1	-0,1	-0,4
Luxemburg	28	-5	-30	-112	-11	0,1	0,0	-0,1	-0,4	0,0
Ungarn	-623	-115	-179	-384	-703	-0,9	-0,2	-0,2	-0,4	-0,8
Malta	1	-1	1	1	1	0	0	0	0	0
Niederlande	-2.255	-1.548	-923	-966	-170	-0,5	-0,3	-0,2	-0,2	0,0
Österreich	551	390	367	486	373	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Polen	-826	-824	-46	-431	-1.072	-0,4	-0,4	0,0	-0,2	-0,4
Portugal	-592	-343	59	-437	61	-0,4	-0,2	0,0	-0,3	0,0
Rumänien	0	92	-145	-42	353	0,0	0,2	-0,2	-0,1	0,4
Slowenien	-41	-17	-22	-9	-35	-0,2	-0,1	-0,1	0,0	-0,1
Slowakei	78	-26	142	10	-133	0,3	-0,1	0,4	0,0	-0,3
Finnland	-340	-912	-1.172	-1.021	-504	-0,2	-0,6	-0,8	-0,6	-0,3
Schweden	-1.401	-600	556	1.415	1.110	-1	0	0	1	0
Vereinigtes Königreich	2.967	5.283	526	-2.599	1.707	0,2	0,3	0,0	-0,1	0,1
Gemeinden gesamt	:	-13.139	-18.859	-22.330	-22.822	:	-0,1	-0,2	-0,2	-0,2

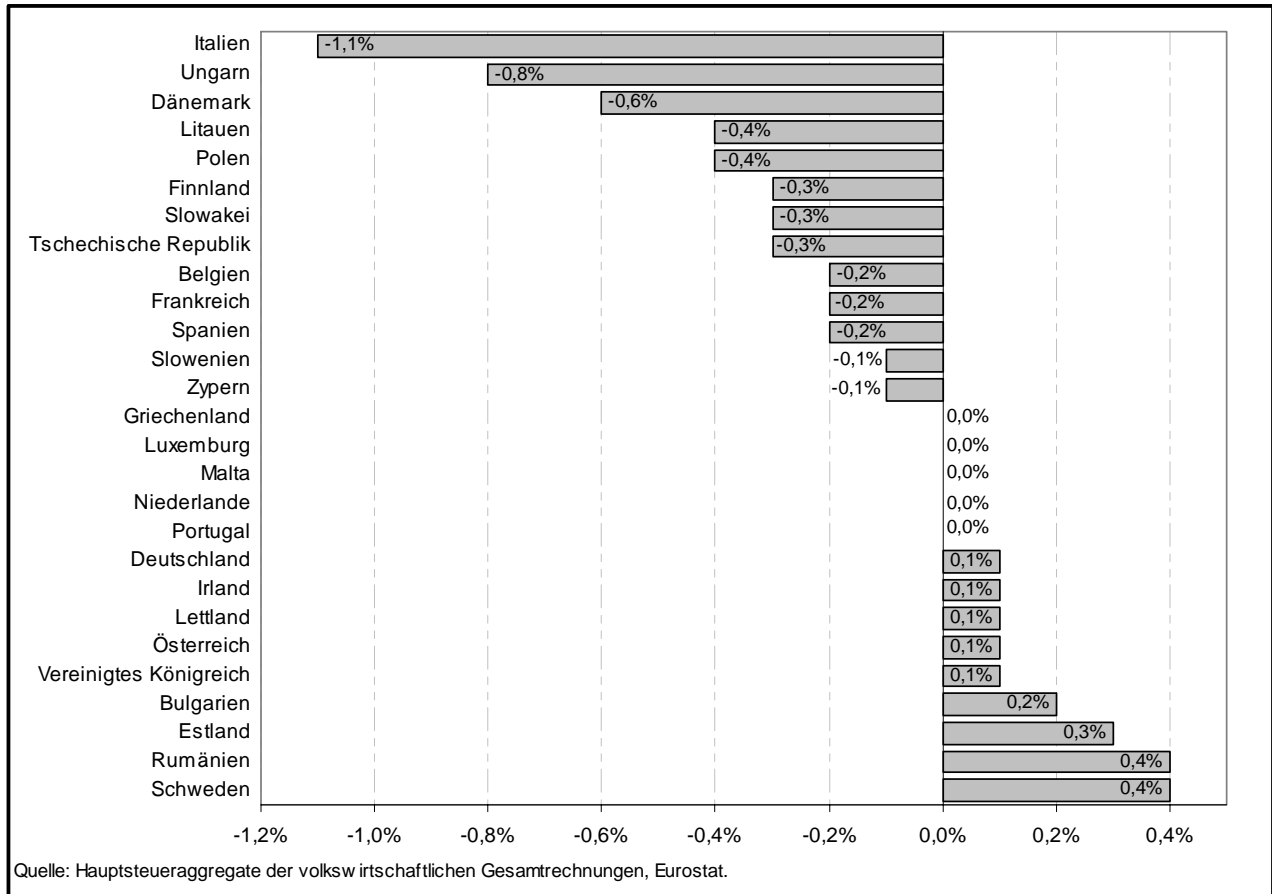
Quelle: Hauptsteueraggregate der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Eurostat.

Tabelle 31: Bruttoschulden der Gemeinden (konsolidiert) in den 27 Staaten der EU 2002-2006

Land	2002	2003	2004	2005	2006	2002	2003	2004	2005	2006
	Beträge in Millionen €					in Prozent des BIP				
Belgien	14.011	14.860	15.677	15.747	16.390	5,2	5,4	5,4	5,3	5,2
Bulgarien	:	31	41	90	110	:	0,2	0,2	0,4	0,4
Tschechische Republik	1.584	1.821	2.365	2.728	3.154	2,0	2,3	2,6	2,7	2,7
Dänemark	9.557	9.859	10.607	10.991	11.534	5,2	5,2	5,4	5,3	5,3
Deutschland	104.278	111.424	116.121	119.676	121.064	4,9	5,2	5,3	5,3	5,2
Estland	176	218	235	267	294	2,3	2,6	2,5	2,4	2,2
Irland	3.054	3.312	3.522	3.795	3.913	2,4	2,4	2,4	2,4	2,2
Griechenland	850	1.050	1.299	1.409	1.512	0,6	0,7	0,8	0,8	0,8
Spanien	21.429	22.914	24.153	25.480	27.461	2,9	2,9	2,9	2,8	2,8
Frankreich	106.074	110.218	113.896	120.492	127.785	6,8	6,9	6,9	7,0	7,2
Italien	83.190	88.654	97.248	109.452	122.271	6,4	6,6	7,0	7,7	8,3
Zypern	270	274	287	303	314	2,4	2,3	2,3	2,2	2,2
Lettland	149	232	259	310	419	1,6	2,4	2,4	2,4	2,6
Litauen	150	178	151	161	212	1,0	1,1	0,8	0,8	0,9
Luxemburg	516	696	685	730	779	2,1	2,7	2,5	2,5	2,4
Ungarn	1.100	1.064	1.384	1.646	2.235	1,5	1,5	1,6	1,9	2,4
Malta	1	2	2	2	2	0	0	0	0	0
Niederlande	38.759	38.974	39.437	40.980	41.420	8,3	8,2	8,1	8,1	7,8
Österreich	5.264	4.688	4.856	4.899	4.884	2,4	2,1	2,1	2,0	1,9
Polen	3.368	3.273	4.215	5.383	6.670	1,7	1,8	1,9	2,1	2,4
Portugal	4.422	4.734	4.909	5.421	5.547	3,3	3,4	3,4	3,6	3,6
Rumänien	:	244	335	927	1.180	:	0,5	0,5	1,2	1,2
Slowenien	91	153	181	239	261	0,4	0,6	0,7	0,9	0,9
Slowakei	359	357	504	644	781	1,3	1,2	1,4	1,7	1,6
Finnland	5.583	6.381	7.263	8.297	8.984	3,9	4,4	4,8	5,3	5,4
Schweden	15.835	17.111	16.556	17.283	18.388	6	6	6	6	6
Vereinigtes Königreich	80.965	71.720	75.885	84.241	93.260	4,9	4,5	4,5	4,6	4,8
Gemeinden gesamt	501.036	514.441	542.074	581.592	620.823	:	5,1	5,1	5,3	5,4

Quelle: Hauptsteueraggregate der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Eurostat.

Abbildung 8: Finanzierungssalden 2006 der Gemeinden in den 27 Staaten der EU in Prozent des BIP



9. Zusammenfassung und Ausblick

Die Perspektiven der kommunalen Finanzen sind strukturell nur wenig erfreulich. Hierfür ist zunächst der Umstand eines mittelfristig gesunkenen Anteils der Gemeinden am gesamten Abgabenaufkommen maßgeblich. Die Belastungen der Gemeinden für Sozialhilfe, Jugendwohlfahrt sowie zur Abdeckung von Krankenhausdefiziten sind überdurchschnittlich gestiegen, die Investitionen auf einem bedenklich niedrigen Niveau. Lediglich die verbesserte Wirtschaftskonjunktur verhalf den Gemeinden im Jahr 2006 zu spürbar gestiegenen Steuereinnahmen; durch Gebühren- und Entgelterhöhungen mussten sich vor allem die großen Städte zusätzliche Einnahmen verschaffen. Die Salden der laufenden Gebarung im Jahr 2006 haben sich dadurch etwas erhöht, wenngleich kaum nachhaltige Verbesserungen erzielt worden sind. Trotz großer Bemühungen zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte zeigten sich weiter ansteigende Schuldenstände, der Stand an öffentlichen Schulden der Gemeinden ist jedoch erfreulicherweise seit dem Jahr 2004 von 3,141 Milliarden auf 3,107 Milliarden € zurückgegangen.

Die gute Konjunkturlage im Jahr 2007 wird wohl eine weitere Verbesserung der Einnahmen mit sich bringen, ob sich damit auch die bedenklich niedrigen Salden der laufenden Gebarung verbessern bleibt offen.

Bedenkt man, welche zukünftigen Lasten allein aus den demografischen Gegebenheiten auf die Gemeinden und ihre Haushalte zukommen, werden strategische Neuorientierungen der kommunalen und öffentlichen Finanzpolitik erfolgen müssen, die über den neuen Finanzausgleich weit hinausreichen sollten. Auch die bis jetzt zurück gestauten Investitionserfordernisse werden in absehbarer Zeit zu decken sein, wofür ein Ansteigen der Finanzschulden und/oder der Verwaltungsschulden aus Leasinggeschäften in Kauf genommen werden muss. Sicher ist auch, dass infolge der tendenziell steigenden Zinsen die Gemeindehaushalte zusätzlich belastet werden.

Ebenso sicher ist der Umstand, dass das Einrichten von Eigenbetrieben und/oder das Ausgliedern von Aufgaben auf rechtlich selbständige Eigengesellschaften nicht selbsttätig zu höherer Wirtschaftlichkeit des Mitteleinsatzes in diesen Betrieben führen werden. Hierfür muss man sich jedenfalls der verschiedenen

Ansätze zur Verbesserung der betriebswirtschaftlichen Effizienz sowie einer kritischen Prüfung der jeweiligen Wirkungen und Nutzen im Verhältnis zum Einsatz an Ressourcen sowie eines umfassenden Beteiligungscontrollings bedienen.

Auch der im Herbst 2007 beschlossene neue Finanzausgleich ab 2008 dürfte kaum strukturelle Verbesserungen für die Gemeindehaushalte der mittleren und größeren Städte mit sich bringen. Die erste Etappe des neuen Finanzausgleichs (2008 bis 2010) soll zwar durch den Wegfall von 50 Prozent des von den Gemeinden an den Bund zu leistenden Konsolidierungsbeitrags höhere Ertragsanteile von insgesamt rund 45 Mio. € jährlich für die Gemeinden bringen.⁷ Erste Berechnungen zeigen, dass dies für die kleineren Gemeinden bis 10.000 Einwohnern jährliche Mehreinnahmen von rund 4,5 €, für die Gemeinden von 10.001 bis 50.000 Einwohnern rund 5,4 € pro Kopf und für die großen Städte (ohne Wien) mit > 50.000 Einwohnern von rund 7,2 € pro Kopf bringen wird. Dem stehen allerdings Mehrausgaben gegenüber - für den gemeinsamen Ausbau der Kinderbetreuung durch Bund, Länder und Gemeinden sowie für die bedarfsorientierte Mindestsicherung und für die Finanzierung der 24-Stunden-Pflege, beides Bereiche der Sozialhilfe, zu der die Gemeinden meist über Umlagen einen Anteil von bis zu 50 Prozent tragen müssen.

In seinen Empfehlungen zur Budgetpolitik und deren Finanzierung im Jahr 2007 hat jedenfalls der Staatsschuldenausschuss die Forderung nach Fortsetzung von Verwaltungsreformen und einer „Staatsreform“ neuerlich erhoben⁸:

Der Staatsschuldenausschuss empfahl für das Jahr 2007 unter anderem

- *„die zusätzlichen Einnahmen infolge der guten Wirtschaftsentwicklung für die Verbesserung der Budgetsalden der einzelnen öffentlichen Haushalte... zu nützen...,*
- *die Reformvorhaben im Rahmen der Verwaltungsreform (Harmonisierung der Dienstrechte und Pensionssysteme, Gerichtsorganisation, Schulorganisation, Gesundheitswesen und Abbau von Parallelstrukturen) durch Fortsetzung des Dialogs und Konkretisierungen voranzutreiben...,*
- *in der neuen Legislaturperiode dem Projekt „Staatsreform“ mit dem Ziel der finanziellen und kompetenzrechtlichen Entflechtung der gebietskörperschaftlichen Ebenen in Österreich sehr hohe Priorität einzuräumen, um die jeweilige Eigenverantwortung zu stärken und adäquate Anreize zur Kosteneffizienz zu generieren...,*
- *auch die Frage der Stärkung der Steuerhoheit der Länder und Gemeinden sollte untersucht werden.“*

⁷ Siehe Ulrike Huemer: Finanzausgleich 2008 – ein erster Überblick. Österreichische Gemeinde-Zeitung 11/2007, S. 10 f.

⁸ Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses vom 5. Dezember 2006.